

# Neuer Vorwärts

## Sozialdemokratisches Wochenblatt

Nr. 215 SONNTAG, 25. Juli 1937

Aus dem Inhalt:  
Der Mord an Dollfuß  
Südosteuropa u. das Dritte Reich  
Deutsche Feste - Deutsche Kunst  
Der Vatikan gegen das Dritte Reich

Verlag: Karlsbad, Haus „Graphia“ — Preise und Bezugsbedingungen siehe Beiblatt letzte Seite

### Der Marsch in den Krieg

Führer, dich Heben wir!  
Führer, wir folgen dir!  
Alle Welt soll uns hören,  
Leben und Leib dir gehören!  
(Flaggenspruch in den deutschen Volksschulen.)

Acht Millionen fünfmalhunderttausend Jungen und Mädchen sind durch Gesetz vom 1. Dezember 1936 in der Hitlerjugend organisiert. Sie tragen Uniformen, lernen die Biographie des Führers auswendig und üben sich im Kleinkaliberschießen.

Neulich hat das englische »Board of Education« über diese Jugend einen Bericht herausgegeben. Es hat in ihren Gesichtern »Anstrengung und Ueberernst« festgestellt. »Körpererziehung bis zum Exzeß«, heißt es in dem Bericht weiter, »unter Vernachlässigung des Geistes und der Seele bei einer Nation vom Range der deutschen kann für diese Nation selbst eine furchtbare Gefahr werden und die ganze Welt in Verwirrung stürzen.«

Dieser Jugend wird nur ein einziges Ziel gezeigt: der Marsch in den Krieg. Ob man die Jugend beim Spiel beobachtet oder bei ernster Arbeit, ob man ihre Schriften liest oder ihre Heime besucht, ob man die Lehrpläne der Schulen studiert oder das Treiben in den Zeltlagern verfolgt, ein Wille beherrscht die ganze fein ausgedachte und immer besser arbeitende Maschine: der Wille zum Krieg.

Diese Maschine wird immer weiter ausgebaut. Ueber ihren Umfang und ihre Funktion enthalten die Deutschland-Berichte des Sozialdemokratischen Parteivorstandes (Heft 6, 1937) eine Fülle von Material.

Es gibt nicht bloß eine berittene Hitlerjugend, es gibt auch eine Flieger-HJ. In der Motor-HJ werden 36.000 jugendliche geschult, in der Marine-HJ 45.000. Aber das alles sind nur erst Anfänge. Bis zu seinem achtzehnten Jahre muß der Hitlerjunge 22 Prüfungen über seine körperliche Tüchtigkeit ablegen. Er muß seinen Mann stehen in Gepäckmärschen, im Lagerleben, in Geländemanövern usw. Die 8000 besten Schützen aus der HJ des ganzen Reiches wurden ausgesucht, um in einem Reichsschießwettbewerb untereinander in Konkurrenz zu treten.

42.500 HJ-Heime werden gebaut mit 170.000 Räumen. Jeder Gemeinde ist die Pflicht auferlegt, mindestens eine solche Kaserne zu bauen; sie hat die Kosten zu tragen und die Gemeindebürger müssen beim Bau mithelfen.

Was wird aus der Familie, was aus der Schule, was aus den Kindern den unglücklichen Produkten dieser Erziehung selbst?

Die Eltern müssen zahlen und schweigen. Sie müssen Beiträge leisten und Uniformen kaufen. Lassen sie sich damit Zeit, so wird ihnen mitgeteilt, man werde ihre Einkommensverhältnisse einer näheren Prüfung unterziehen.

Sie müssen vorsichtig sein in ihren Gesprächen. Denn die Hitlerjungen sind verpflichtet, »staatsfeindliche« Aeußerungen zu denunzieren. Sie müssen ihren Bücherschrank verschlossen halten, denn es kommt vor, daß die Hitlerjungen den Auftrag erhalten, nach »marxistischen Hetzschriften« Umschau zu halten.

Sie dürfen sich nicht beklagen, wenn ihre Kinder, Jungen und Mädchen, spät in der Nacht übermüdet und erschöpft nach Hause kommen, sie dürfen sich nicht beschweren, wenn die Kinder von ihren gleichfalls noch sehr jugendlichen Vorgesetzten körperlich und seelisch mißhandelt werden. Es würde doch nichts nützen, und sie selber könnten in Verdacht geraten.

## Der Krieg in China

### Ziele und Kräfte der japanischen Gewaltpolitik

Zugleich und im Zusammenhang mit der außenpolitischen Spannung in Europa ist im Fernen Osten ein heftiger Konflikt entstanden. Nachdem eben noch ein Streit zwischen Japan und Rußland um einige wirtschaftlich wie militärisch gleich bedeutungslose Inseln im Amurfluß nicht zuletzt durch die Nachgiebigkeit der russischen Regierung beigelegt wurde, ist es jetzt in der Umgebung von Peking zu heftigen Kämpfen zwischen japanischen und chinesischen Truppenteilen gekommen. Japan sendet Kriegsschiffe und führt von den Inseln, Korea und der Mandschurei, aus Truppenverstärkungen heran. Das Ziel kann nicht zweifelhaft sein: Japan will die fünf Provinzen Nordchinas endgültig der chinesischen Zentralregierung entreißen und sie in der einen oder anderen Form seinem Vasallenstaat Mandschukuo angliedern. Die Entwicklung, die vor bald sechs Jahren mit der Eroberung der Mandschurei begonnen, scheint jetzt ihre Fortsetzung finden zu wollen.

Träger dieser Entwicklung ist das Heer, das in Japan zu einem Staat im Staates übergriff, das ist in Japan in höchster Armee, die Mandschukuo besetzt hält. Sie hat ihre eigene Kolonisierungs-, Sozial-, Wirtschafts- und Finanzpolitik entwickelt; was Schleicher in den letzten Jahren der Weimarer Republik aus der Reichswehr zu machen suchte, eine staatspolitische Macht eigener Art, die von der Militärpolitik aus allmählich auf alle anderen Gebiete des Staates übergriff, das ist in Japan in höchstem Maß verwirklicht und die Politik des Landes ist durch die Kompromisse bestimmt, die die Militärs jeweils der Regierung auferlegen. Wenn bisher die Etablierung einer offenen Militärdiktatur vermieden und die Formen einer parlamentarisch-konstitutionellen Regierung erhalten worden sind, so erklärt sich das vornehmlich aus zwei Gründen. Die Annexionspolitik und die Wehrwirtschaft haben auch Japan in eine schwere soziale, wirtschaftliche und finanzielle Krise gestürzt, die einen Teil der Armee zögern läßt, die ganze Macht und damit die ganze Verantwortung zu übernehmen und es ihr geratener scheinen läßt, eine zivile Regierung zu dulden, der sie ihren Willen aufnötigt. Sodann besteht ein außenpolitischer Gegensatz zwischen Armee und Marine. Das Ziel der Armee ist auf Festlandsausdehnung gerichtet, auf Unterwerfung Nordchinas, auf die Einverleibung der inneren Mongolei, deren Beherrschung zugleich eine aussichtsreiche strategische Ausgangsposition gegen Ruß-

Die Schule ist von genau demselben Geist beherrscht. Die Lehrer, die vor dem Umsturz zum großen Teil politisch links standen, sind jetzt zu 97% im nationalsozialistischen Lehrerbund organisiert. Der Geschichtsunterricht erstreckt sich hauptsächlich auf Heeres- und Kriegsgeschichte, im Rechenunterricht wird an militärischen Beispielen geübt. Antisemitismus ist als sogenannte »Rassenkunde« Lehrfach.

Militärische Uebungen und nationalsozialistische Parteifeiern greifen immer wieder störend in den Schulbetrieb ein und machen jeden geregelten Unterricht unmöglich. Die Folge ist ein starkes Zurückbleiben aller geistigen Leistungen. Nach dem Urteil pädagogischer Fachleute — von denen freilich keiner laut sprechen darf — bleiben die Kinder in ihrer geistigen Entwicklung gegenüber dem früheren Tempo um zwei Jahre zurück.

Auf Wissen wird wenig Wert gelegt.

land gewährte. Das Ziel der Marine ist nach Süden gerichtet, nach der Inselwelt des Stillen Ozeans.

Bis vor kurzem schien es, als würde es der nach den Wahlen neugebildeten Regierung gelingen, die Politik der Armee in gewissen Schranken zu halten. Das wachsende Defizit, die zunehmende Passivität der Handelsbilanz, ständiger Goldabfluß, beginnender Rohstoffmangel, Preissteigerung und wachsende soziale Gärung mochten sie hindern, neuen kostspieligen Annexionsplänen und kriegerischen Abenteuern ihre Zustimmung zu geben. In dieser Situation hat die japanische Okkupationsarmee den Knoten durchhauen und den Krieg mit China begonnen. Die Wehrwirtschaft ist eine kostspielige Wirtschaft, neue Eröberung soll die Kosten decken.

Nordchina ist ein in rascher Entwicklung begriffenes Land. Aber in offiziellen Nachrichten des Außenpolitischen Rates der chinesischen Regierung wurde vor kurzem gesagt, daß Nordchina zu einer japanischen Kolonie geworden sei. Unterstützt vom japanischen Heer ist das japanische Unternehmertum seit 1931 in die nordchinesischen Provinzen eingedrungen. Ein großer Teil der lebenswichtigen Wirtschaftszweige und Transportwege sind bereits in Japans Hand. Es hat verstanden, der chinesischen Regierung allmählich die Monopole, die sie über Eisenbahnen, Schiffahrtlinien, Kohlenbergwerke, Salzfelder und Elektrizitätswerke besaß, zu entreißen. Obwohl Ausländern der Besitz von Bergwerken untersagt ist, sind drei der größten Kohlenbergwerke vollständig und zwei weitere teilweise im Besitze der Japaner, ebenso die Elektrizitätsgesellschaft von Tientsin. Die Pekingische Schiffahrtsgesellschaft, die wichtigste chinesische Schiffahrtsgesellschaft im Norden, steht unter japanischer Regie. Die Japaner beherrschen bereits wichtige Eisenbahnlinien und planen den systematischen Ausbau des Eisenbahnnetzes, um die Ausfuhr der Nordprovinzen unter ihre eigene Kontrolle zu bekommen. Da die Salzproduktion Japans gering ist und große Mengen dieses Stoffes für die Aufrüstung zur Herstellung von Sprengstoffen und Giftgasen benötigt werden, so ließen sie im Oktober des Vorjahres die großen Salzfelder von Tschanglu in der Provinz Hopel von ihren Truppen besetzen. Nach langen Verhandlungen mit den lokalen chinesischen Behörden wurden die Salzfelder schließlich wieder freigegeben, aber nur unter der Bedingung, daß den Japanern große Mengen Salz zur

Hälfte des üblichen Preises geliefert werden. Vor allem aber machen sich die Japaner zu Herren der in rascher Entwicklung begriffenen chinesischen Textilindustrie. Von den 5,4 Millionen Baumwollspindeln Gesamtchinas befinden sich 21 Prozent und von den 51.000 Webstühlen 24 Prozent in Nordchina, vor allem in den Zentren Tsingtau, Tientsin und Tsinanfu. Von den 620.000 Spindeln in Tsingtau, nach Schanghai dem größten Textilzentrum Chinas, befinden sich 562.000, von den 9161 Webstühlen 8790 in japanischer Hand; in Tientsin besitzen sie 70 Prozent der Kapazität der Baumwollspinnereien. Nur in Tsinanfu haben die Chinesen ihren Besitzstand bis jetzt einigermaßen halten können. Es sind aber große Ausdehnungen geplant oder bereits im Bau, in Tsingtau für 215.000 japanische Spindeln und 4640 Webstühle, in Tientsin für 455.000 Spindeln und 8700 Stühle. Nun hatte die japanische Regierung unter dem Druck der Währungs- und Devisenschwierigkeiten vor kurzem ein Verbot der Kapitalausfuhr aus Japan erlassen. Nichts ist charakteristischer für die japanischen Machtverhältnisse, als daß die Kwantung-Armee die japanische Regierung zwingen konnte, die notwendigen Gelder für die industrielle Expansion in Nordchina trotzdem bereitzustellen! Denn Japan, das Ende 1935 erst über 500.000 Spindeln in ganz China besaß, soll nach dem Wirtschaftsplan der japanischen Okkupationsarmee in Tsingtau und Tientsin über je eine Million Spindeln verfügen und damit über die beherrschende Stellung in der nordchinesischen Textilindustrie.

Gegen die wirtschaftliche Durchdringung, in der sie mit Recht die Vorstufe zur endgültigen militärischen Okkupation sah, suchte sich die chinesische Zentralregierung zur Wehr zu setzen. Die Schwierigkeit war, daß die Japaner den unmittelbaren Einfluß der chinesischen Regierung in Nordchina bereits weitgehend ausgeschaltet hatten. Unter dem militärischen Druck der japanischen Armee wurde ein »politischer Rat« gebildet, der ganz unter japanischem Einfluß stand und mit dem allein die japanische Armeeführung über die Angelegenheiten Nordchinas »verhandeln« wollte. Es ist ein Zeichen der wachsenden Stärke der chinesischen Regierung, daß vor kurzem dieser Politische Rat, dessen Chef der chinesische aber bisher ganz von Japan abhängige General Sung Tschu-yuan war, ein Dekret erlassen hat, wonach alle Chinesen, die Landbesitz an Japaner verkaufen, mit dem Tode bestraft

»Wissen ist Blei, Charakter Gold«, lautet ein neudeutscher Weisheitspruch, der in vielen Schulen ausgehängt ist. Aber wo ist das Gold des Charakters, das durch diese Art der Erziehung aus dem Schacht der menschlichen Seele herausgeholt wird? Die Berichte wissen von nichts anderem zu melden als von einer Ueberheblichkeit, Roheit, Heuchelei und Strebertum.

Man fragt erstaunt und erschüttert, woher bei dieser Bildung des Nachwuchses in Zukunft die deutschen Gelehrten, ja, woher auch nur die tüchtigen deutschen Facharbeiter kommen sollen — denn auch die Lehrlingsausbildung leidet unter den Folgen dieses geist- und seelenlosen Betriebs. Man hat, um dem Mangel an Offizieren und Ingenieuren möglichst rasch abzuhelfen, die Schuljahre der höheren Schule um eines vermindert und damit für die Vorbildung der Akademiker zur qualitativen Verschlechterung noch die

quantitative hinzugefügt. Ob dies alles wirklich der rechte Weg ist, um das Ziel zu erreichen, nämlich das deutsche Volk auf die denkbar höchste Stufe der Kriegstüchtigkeit zu heben, muß die Zukunft lehren.

Vielleicht aber lehrt sie noch etwas anderes. Wohl folgt ein großer Teil der deutschen Jugend dem neuen Kurs noch mit großer Begeisterung, doch wohnen die Gegensätze nahe beieinander. Ein 18-jähriger HJ-Führer — außen braun, innen rot — berichtet mit erstaunlicher Klugheit eine wesentliche Erkenntnis:

»Wenn die Jungens die HJ verlassen, verlieren sie die jugendliche Romantik. Und besonders die Jugend, die in die Betriebe geht, fühlt, daß von der Theorie um die Volksgemeinschaft zum wirklichen Leben ein weiter Weg ist, auf dem meist die Begeisterung für den Nationalsozialismus verloren geht.«

So marschiert die deutsche Jugend in den Krieg. Oder wohin sonst?

werden sollen. Es sind diese Maßnahmen gegen die japanische Wirtschaftsexpansion, die die japanische Besatzungsarmee bewegen haben, ihre von der Regierung bisher gehemmten Pläne durchzuführen, den Krieg zu beginnen, damit die Regierung vor die vollendete Tatsache zu stellen und sie zur Gefolgschaft zu zwingen.

Der Krieg — ohne Kriegserklärung — hat begonnen, aber die Verhandlungen gehen weiter. Die japanische Regierung muß heute nicht nur mit einem erstarkten China rechnen; dessen Nationalbewußtsein, administrativer Zusammenhalt und militärische Kraft es doch zu einem gefährlicheren Gegner machen als es im japanisch-chinesischen Krieg gewesen ist. Es stößt auch auf die Gegnerschaft der Großmächte. England, mit dem die japanische Regierung eben neue Verhandlungen anzuknüpfen versucht hat, hat zunächst mit den Vereinigten Staaten Fühlung genommen, um Japan an der Durchführung des Krieges zu hindern. Der amerikanische Staatssekretär des Auswärtigen, Hull, hat seinerseits eine unzuverlässige Warnung an Japan ergehen lassen. Die Erklärung ist um so wichtiger, als sie die allgemeinen Grundsätze der amerikanischen Außenpolitik festlegt und damit auch für die europäische Situation bedeutsam wird. In der Erklärung heißt es:

»Es bestehen zweifellos eine Anzahl von Regionen voller Spannungen und Gefahren, die auf den ersten Blick nur jene Länder betreffen, die nahe Nachbarn sind, aber schließlich unvermeidlich eine Angelegenheit der ganzen Welt darstellen. Jede Situation, bei der ein bewaffneter Konflikt im Gange ist oder droht, ist eine Situation, durch die die Rechte und Interessen aller Staaten ernsthaft gefährdet sind oder gefährdet werden können. Es kann keine ernsthaften Feindseligkeiten irgendwo in der Welt geben, die nicht in dieser oder jener Weise die Rechte, Interessen und Verpflichtungen der Vereinigten Staaten berühren.«

Deshalb fühlt sich Hull zu einer Darlegung über die Stellung der amerikanischen Regierung gegenüber den internationalen Situationen verpflichtet, die von ihr mit großer Besorgnis betrachtet werden. Die Vereinigten Staaten befürworten die Aufrechterhaltung des Friedens, sowie »den Verzicht auf Anwendung von Gewalt und auf die Einmischung in innere Angelegenheiten anderer Staaten«. (Spanien!) Sie sind für die Einhaltung von Verträgen, für deren Abänderung nur auf friedlichem Wege, für die Wiederbelebung und Festigung des internationalen Rechts, für den Abbau von Handelsbarrieren und die Herabsetzung der Rüstungen, sowie für die Ablehnung von Bündnissen oder gefährlichen Bindungen. Es ist eine Kundgebung, die sich in erster Linie gegen das gewaltsame und vertragsbrüchige Vorgehen Japans richtet, aber nicht minder deutlich eine Warnung an die europäischen Diktaturen enthält. Die Vereinigten Staaten entfernen sich immer mehr von der Illusion, sich von allen außeramerikanischen Konflikten fernhalten zu können. Sie erkennen immer klarer, daß sie das ungeheure Gewicht ihrer Macht in die Waagschale des Friedens werfen, ihren Einfluß gegen das Kriegstreiben, nicht nur der japanischen Armee, sondern auch der deutschen und italienischen Diktatur einsetzen müssen. Aber nicht nur England und die Vereinigten Staaten, denen sich auch Frankreich hinzugesellt, findet Japan auf seinem Weg. Auch der deutsche Bundesgenosse sieht mit zwiespältigen Gefühlen auf das waghalsige Beginnen des Freundes. Gegen den Raubzug hätte er an sich gewiß keinen Einwand. Mit einer »Lokalisierung des Konflikts«, das heißt mit der Kontrolle und Entmilitarisierung Nordchinas durch Japan wäre Deutschland, so hat sein Botschafter dem japanischen Außenminister erklärt, schon einverstanden. Aber ein chinesisch-japanischer Krieg, der ist immerhin etwas anderes. Ein Krieg gegen China mit der Gegnerschaft der Großmächte, das ist nicht die Vorstellung, die die Berliner Unruhestifter von dem japanisch-deutschen Abkommen gegen die bolschewistische Gefahr gehabt haben. Japan, in China verstrickt, verliert viel an Wert als Bundesgenosse gegen Rußland. Zum erstenmal seit ihrer Existenz ist die Hitlerdiktatur für den Frieden gegen den Krieg.

So ist Japan in einer keineswegs glänzenden Isolierung und die Möglichkeit ist noch offen, daß die Verhandlungen den Krieg in einen »Grenzwischenfall« zurückzuverwandeln. Dr. Richard Kern.

## In der Gestapohaft ermordet!

Kein Rätsel mehr um den toten Stadtpfarrer von Brandenburg

Wir haben seinerzeit über den Terror-Fall des katholischen Stadtpfarrers von Brandenburg berichtet, der gleichzeitig in dieser Stadt der staatliche Gefängnisgeistliche war. Der Geistliche war wegen »staatsfeindlicher Reden« ins Polizeigefängnis nach Berlin Alexanderplatz von der Gestapo eingeliefert worden. Ein kurzer Polizeibericht gab kurz darauf bekannt, er habe in seiner Zelle »Selbstmord« durch Erhängen verübt. Trotzdem verweigerte auf ausdrückliches Geheiß des Berliner Bischofs die Kirche dem Verschiedenen das rituelle Begräbnis nicht, wie es bei Selbstmördern kanonische Regel ist. Dem demonstrativ großen Leichenbegängnis folgten auch eine ganze Reihe von Bekannten protestantischen »Bekenntnis«-Pfarrern, die auf diese Weise ihr Mitleid mit dem Opfer des Hitlerterrors, dem auch sie standzuhalten haben, wie auch der Todesfall gelegen haben mochte, bekunden wollten.

Jetzt ist der Fall zur Genüge aufgeklärt und reiht sich damit würdig in die Reihe zynischer Gangstertaten der beamteten Hitlerbanditen ein. Eine im Geheimen vorgekommene Recherche kirchlich-katholischer Kreise Berlins, die sich auf Angaben noch nicht ganz verdorbener »alter« Beamten im Berliner Polizeipräsidium stützen konnte, ergab jetzt, daß Pfarrer Schubert mit einer Stirnschußwunde (also nicht erhängt, wie der Polizeivermerk glauben machen wollte) tot in seiner Zelle aufgefunden worden ist. Neben der Leiche lag ein Browning. Kurz vorher war durch den »Spion« in der Zellentür noch beobachtet worden, daß der Geistliche ruhig sein Brevier las. Es ist ganz unglücklich, daß der Pfarrer, der bewiesenermaßen nie eine Schußwaffe besessen hat, so schlecht bei seiner Einkieferung durchsucht worden wäre, daß das Mitnehmen einer solchen Waffe in die Zelle den Gestaposchergen entgangen wäre! Ihr erster Griff bei Verhafteten, die in Einzelzellen kommen, gilt in jedem Falle allen solchen Gegenständen bis auf die Hosenträger, mit denen man seine Verzweiflungstimmung durch den Freitod entgegen könnte. Auch die falsche amtliche Todesangabe ist verräterisch genug. Wer also hat den Geistlichen, während er sein Gebet vielleicht noch verrichtete, in die Stirn geschossen? Welcher Gestapo-Lump hat sich wieder einmal einen höheren Dienstgrad durch ein nationale Heldentat erworben? Mindestens Göring, Himmler und Daluge, die führenden Polizei-Carbonari des braunen Regimes, werden ganz authentische Atakunft erteilen können. In der jüngsten Beförderungsliste ihrer Kreaturen dürfte der neue Gangsterfall wohl vermerkt sein...

## Die Achse und die Vasallen

Die Vasallen der Achse, die mit dem Großkreuz des Verdienstordens vom Deutschen Adler ihre offizielle Abtempelung erhalten haben, liefern nun die Quittungen. Eine Reihe von Großwürdenträgern des Dritten Reiches hat Erlaubnis zum Tragen von ausländischen Orden erhalten. Es sind:

Reichskriegsminister Blomberg: Großkreuz des Italienischen St. Mauritius- und Lazarus-Ordens.

Legationsrat Heimburg: Großoffizierskreuz des Bulgarischen St. Alexanderordens.

Konturkreuz mit dem Stern des Ungarischen Verdienstordens.

Großoffizierskreuz des Ordens der Jugoslawischen Krone.

Außenminister von Neurath: Großkreuz des Ungarischen Verdienstordens.

Großkreuz des Jugoslawischen Weißen Adler-Ordens.

Großkreuz des Bulgarischen St. Alexanderordens.

Die Erkennungsmarken sind ausgetauscht, die politischen Geschäfte sind im Gang.

## Die Mordjustiz wütet

Die Berliner Hinrichtungen und die demokratische Weltmeinung.

Die Hinrichtung der drei Kommunisten Schulz, Zimmermann und Schröter, die in dem sogenannten »Richardstraßen-Prozess« zum Tode verurteilt wurden, stellt eine selbst für die Justizverhältnisse des Dritten Reiches außergewöhnliche Herausforderung an die öffentliche Meinung der Welt dar. Es handelte sich in diesem Prozeß bekanntlich um einen Zusammenstoß in Berlin-Neukölln am 15. Oktober 1931. Im April 1932 waren diese Vorgänge Gegenstand einer Gerichtsverhandlung; damals wurden alle Angeklagten freigesprochen. Die Nationalsozialisten konstruierten, nachdem sie drei Jahre lang Material gesammelt hatten, eine neue Anklage, die vom 15. De-

## 150.000 demonstrieren gegen Hitler?

SA-Leute und Schupo gegen Wallfahrtsteilnehmer — Treuegelöbnis der Katholiken am St. Annaberg

Würde es nur darum gehen, von einer gewöhnlichen Wallfahrtskundgebung Kenntnis zu nehmen, wie sie im oberschlesischen Industriebezirk nicht selten ist, könnte man über die Demonstration der 150.000 Katholiken am Sonntag, dem 27. Juni, am St. Annaberg zur Tagesordnung übergehen. Die Katholiken haben aber am besagten 27. Juni unter Beweis gestellt, daß sie nicht gewillt sind, dem Neuheidentum Adolf Hitlers zu verfallen. Seit Monaten werden die größten Anstrengungen gemacht, um den Einfluß des Katholizismus auszuschalten. Angefangen bei den Marienbildern, die als staatsfeindlich betrachtet werden, über die Stärkung des Deutchtums durch Aufhebung des polnischen Gottesdienstes, durch die Beseitigung der Heiligenbilder und Kruzifixe in den Schulen, zur Anklage gegen die Mönche in Pilchowitz, es ist eine Kette des Ringens der Nazis, um nach dem Erlöschen der Genfer Konvention auch die Kirche restlos gleichzuschalten. Man kann nicht sagen, daß sich der bisherige Widerstand immer tapfer vollzog. Innerhalb der katholischen Lehrerschaft ist die Gleichschaltung fast gelungen, was treu zur Kirche hielt, mußte in Pension gehen, nirgends waren die Kirchenaustritte so vielfältig, wie bei den katholischen Junglehrern, einige Geistliche in den Landbezirken erwiesen sich als sehr getreue Jünger des Nazismus, und das gegen den Willen der Bevölkerung, die, wenn auch durchaus nicht so fanatisch katholisch, so doch derartig hitlerfeindlich, daß die Kirche und ihre Andachten vielfach als beste Gelegenheit zur Demonstration gegen Hitler betrachtet werden. Die diesjährigen Fronleichnamfeiern haben hiezu den besten Beweis geliefert, und an diesen schon nahmen Tausende von Antifaschisten teil, überwiegend Männer, um so Protest gegen den Nazismus zu erheben.

Es ist bezeichnend, daß die Massendemonstration gegen Hitler und das Naziheidentum nicht etwa von einer religiösen Sekte innerhalb der Katholiken ausging, sondern von der Industriearbeiterschaft des Hindenburgers Reviers, die am eifrigsten Propaganda für die Wallfahrt nach St. Annaberg machte und es kann ohne Uebertreibung gesagt werden, daß ihr dieses Unternehmen vollauf gelungen ist. Katholische Jungmänner, christliche Gewerkschafter und zahllose Antifaschisten nahmen an dieser Demonstration am St. Annaberg teil, die durch die Anwesenheit des Kardinals Bertram aus Breslau ihr besonderes Gepräge erhielt und durch ein Telegramm an den Papst unterstrichen

wurde, daß der Glaube und nicht die Nazis über Religion und Erziehung zu entscheiden haben. Uns interessiert hier der religiöse Teil dieser Veranstaltung nicht, wohl aber die Tatsache, daß es die breiten Arbeitermassen als ihre Aufgabe betrachtet haben, so massenweise zu erscheinen, um dadurch zu beweisen, daß sie nicht gewillt sind, Hitler als den einzigen Führer anzuerkennen, wie es die Nazi-Propaganda gern der Öffentlichkeit einreden will. Zahlreiche Flugblätter kirchlichen, aber auch politischen Inhalts, die sich offen gegen den Nazismus wendeten, kamen so an den Mann, der zum ersten Male erfuhr, daß es auch eine Abwehr gegen die »Teufelsbrut« gibt, wie der Nationalsozialismus im Verlauf dieser Kundgebungen bezeichnet wurde.

Die Gegenaktion der Nazis, die durch Bergfeste, Sommerfeiern und ähnliche Veranstaltungen die Teilnehmer dieser Wallfahrt entziehen wollten, ist restlos an dem Willen der antifaschistischen Kreise innerhalb des Katholizismus gescheitert. 150.000 Männer erschienen aus nah und fern, um Hitler auf diese Weise abzulehnen, weil ihnen eine andere Art des offenen Protestes nicht mehr möglich ist, und es kann ohne Uebertreibung gesagt werden, daß diese Demonstration gegen Hitler am St. Annaberg bei den Nazikreisen eingeschlagen hat. Sie konnten ihre grenzenlose Wut nicht mehr meistern. Als in den Abendstunden die Wallfahrer nach ihren Heimatsorten kamen, durften sie nicht mehr in geschlossenen Reihen nach den Kirchen gehen. Die Banner und Fahnen mußten eingeollert getragen werden, nur zu je zwei Personen in Entfernungen von einigen Metern durften sich die Teilnehmer teils helm, teils nach der Kirche begeben. In Bobrek, Karf, Beuthen, Klausberg, schlug die Schupo die Teilnehmer, die auf der Straße gingen, man stieß die rohesten Drohungen aus, aber das Volk lachte dieses Treiben aus, die Kirchen waren dafür um so mehr überfüllt, jeder wollte noch einmal beisammen sein, um zu beweisen, daß die Abwehr gegen Hitler und seine Bestrebungen an diesem Tage vollauf gelungen ist.

War es auch in erster Linie eine katholische Kundgebung, so trug sie nicht unwesentlich dazu bei, daß die Stimmung innerhalb der ganzen Bevölkerung tagelang auf diese Demonstration am St. Annaberg gerichtet war und daß jeder Sprecher seiner Freude Ausdruck gab, daß man in diesem Kampf doch nicht so verlassen stehe, wie es vielfach den Anschein hat.

zember 1935 bis zum 29. Februar 1936 verhandelt wurde. Der Voruntersuchung fielen zwei von der Gestapo verhaftete Antifaschisten zum Opfer: der Hauptangeklagte Hagemann starb an den Folgen der Vernehmungen, und die Neuköllner Jungkommunistin Margarete Walter sprang, nach der amtlichen Version, während einer Vernehmung aus dem Fenster des Gestapo-Gebäudes; auch sie ist ihren Verletzungen erlegen. Das Urteil erregte in der ganzen Welt außergewöhnliches Aufsehen.

Die nationalsozialistische Regierung benutzt systematisch jede internationale Krise zur Vollstreckung von Todesurteilen, die den Protest der Weltmeinung hervorgerufen haben. Es besteht die große Gefahr, daß die gegenwärtige außenpolitische Krise noch zu weiteren Hinrichtungen politischer Gefangener ausgenützt werden wird. In den Todeszellen des Dritten Reiches sitzen noch mindestens 16 Opfer der Hitlerjustiz!

## Lohnerhöhung eine Gefahr für das Dritte Reich!

Aus Hindenburg wird uns geschrieben: Nach Meinung der Betriebsleitung der Deichsel-Drahtwerke in Hindenburg ist die Belegschaft in der letzten Zeit sehr aufsässig geworden, weil sie den Vertrauensrat unter Druck setzt, daß dieser wegen einer Lohnerhöhung vorstellig werde. Die Deichsel-Drahtwerke wollen sich dem Führer besonders erkenntlich zeigen, haben die Akkordarbeit fast restlos abgeschafft, dafür aber ein Antreibesystem im Betriebe eingeführt, welches Leistungen erzielt, wie sie selbst bei Akkordarbeiten nicht denkbar waren. Begreiflich, daß davon die Arbeiter auch profitieren wollen und Lohnerhöhungen fordern, die man nicht gewähren will. Es genügt ja, wenn in die Betriebsleitung Naziführer, Reserveoffiziere und sonstige Günstlinge des Dritten Reichs aufgenommen werden. Aber irgendwie mußte der »Aufsässigkeit« der Arbeiter nachgegeben werden und so entschloß

man sich, die Belegschaft zu »belehren«, daß »Lohnerhöhung eine Gefahr für das Dritte Reich bedeutet! Dieser Aufgabe unterzog sich Oberstleutnant Alemann, seines Zeichens Teilhaber der Deichsel-Drahtwerke und Mitglied des Nazi-Reichstages. »Warum keine Lohnerhöhung?«, beantwortete er einfach damit, daß jede Lohnerhöhung es den Arbeitern ermögliche, mehr einzukaufen und dadurch die Ernährung Deutschlands zu gefährden, was nicht im Interesse des Vierjahresplanes liege. Aber Lohnerhöhung bedeutet Mehrverbrauch und das wiederum ziehe eine Preissteigerung nach sich, treibe zum Wucher, der Deutschland dem Ruin entgegenführe. Deshalb müsse jede Lohnerhöhung unterbleiben. Schließlich seien es keine Nationalsozialisten, die heute Lohnerhöhung fordern, was man ja auch nicht erwarten kann, denn erst die Kinder oder Kindeskinder werden der Segnungen zuteil, die der Führer im Nationalsozialismus den deutschen Volksgenossen bieten könne. Wer aber auf Lohnerhöhung besteht, müsse aus der Volksgemeinschaft ausgestoßen werden.

Aber mit diesen Vorträgen waren die Arbeiter nicht einverstanden, man sabotierte sie durch Fernbleiben, von den 700 Mann erschienen knapp 250 bis 270 und die Werksverwaltung gab kurz entschlossen durch den Vertrauensrat bekannt, daß, wer fernhin den Vorträgen fernbleibe, die Volksgemeinschaft schädige und aus der Arbeit entlassen werde. Als nun diese Bekanntmachungen erschienen, blieben fast alle Arbeiter den Vorträgen des Oberstleutnants Alemann fern und von Mund zu Mund geht eine Propaganda, da Lohnerhöhung eine Gefahr fürs Dritte Reich sei, so müsse man sie um so nachdrücklicher fordern. Immer wieder werden Gruppen von Arbeitern beim Vertrauensrat und der Betriebsleitung um Lohnerhöhung vorstellig und man sagt, daß selbst das Antreibesystem nicht vermag, die Arbeiter zu besseren Leistungen zu bewegen, die seit den Vorträgen erheblich zurückgegangen sind.

## Nach Blums Abgang

Eselstritte mit Weisheitskrone.

Mit welcher Höflichkeit der Marxist Leon Blum von der Hitlerpresse toleriert wurde, als er ans Ruder kam — das war geradezu verblüffend. Ein seltenes Erlebnis selbst für Kenner der Naziseele. Schacht in eigener Person beehrte sich, eine Aussprache mit dem jüdischen Untermenschen herbei zu führen. Selten hat man jemanden so rasch nach Paris eilen sehen! Handelte es sich um Kredite, Wirtschaftsverträge, »Verständigung mit Frankreich«. Die Hitlerblätter hatten einen neuen Favoriten, Blum wurde der Umworbenste unter allen demokratischen Ministern. Man sah förmlich die gebaltene Göbbelsanweisung: »Ministerpräsident L. B. ist bis auf weiteres mit größter Hochachtung und Schonung zu behandeln. Hinweise auf seine nicht-arianische Abstammung sind zu unterlassen...« Strelchern blieb die Luft weg. Ja, gelegentlich wurde sogar von dem Lob, das Blum in der ausländischen Presse erntete, Notiz genommen. Oh Wunder über Wunder — ein Jahr lang!

Nun ist Chautemps vorne an, nun hat er über Handelsverträge, Kredite etc. mit zu entscheiden, nun genießt er die Höflichkeit der deutschen Presse, dafür darf der Esel endlich nach dem Entthronen treten. Wie Pilze nach dem Regen, so quellen gehässige Überschriften gegen Blum aus den Spalten der Nazi-Presse. Daß der gewesene Premier einer Verberrasse entstammt, erfährt mancher Leser jetzt erst, wie in der Karikatur eines Auslandsblattes jener naive Deutsche, der Blum das erste Mal gegenüber steht: »Ah, der Herr sind Jude!« Jetzt wird in der Nazi-Presse nachgeholt. Ein Musterbeispiel liefert das »Schwarze Korps«, indem es über eine Seite hinweg die Bilanz des Kabinetts Blum mit der Mistgabel zieht. Da ist Blum ein »alttestamentarischer Prophet...« der gegen Schweinefleisch eine rituelle Abneigung hat und das französische Volk natürlich betrog. Da wird das »Experiment Blum, auf das alle Juden und »genossen der Welt stolz sind« und Blums Buch über die Ehe im niedrigsten Gessentone abgehandelt. Und was hat er hinterlassen? Nichts als »Preistreiber, Teuerung und Währungsverfall.«

Die deutsche Papiermark, die bis Mitte 1933 gesund war, gilt heute in Ländern des Westens ein Drittel ihres Inlandwertes. Wer heute im Auslande Papiermark einwechseln will, muß immer besorgen, daß sie nicht angenommen wird. Zeitweise wird sie von den Banken völlig abgelehnt. Traurig für Deutsche, die sich im Ausland mal nach Belieben satt essen wollen. Aber das SS-Organ weiß Rat. Einige Seiten hinter dem blumigen Schimpfartikel bringt das dümmste Wochenblatt Deutschlands eine illustrierte Seite, auf der die »neue Ernährung« empfohlen wird. Bilder von Seefisch, von deutschen Marmeladen; daneben die deutsche Rübe, die kerndeutsche Möhre und der germanische Krautkopf. Wenn läuft da nicht das Wasser im Munde zusammen? Überschrift, ganz groß: »Es geht auch so. Ein Stück aus dem Text:

»Die deutsche Hausfrau ist es, die an diesem Kampfabschnitt wesentlich zur siegreichen Durchführung des Planes beiträgt... Zu den deutschen Gemüsen, die sowohl im Feldbau als auch in den Gärten überall gut gedeihen, gehören die verschiedenen Kohlsorten, die abwechslungsreiche und bei richtiger Zubereitung reiche und schmackhafte Mahlzeiten ergeben. Und schmachtete noch ein Stück deutschen Schweinebauchs, dann kann man gern auf ähnliche ausländische Gemüse verzichten.«

Das heißt, wenn es gerade mal Schweinebauch zu erschwinglichen Preisen in der Nähe gibt! Wir müssen uns groß hungern. Staniol und Knochen sammeln. Warum der Leiter der »Geschäftsgruppe Rohstoffverteilung« im Stabe Göring kürzlich aus dem Amte flüchtete, wurde dem Volke verschwiegen. In keinem Lande Mitteleuropas steht es um Währung, Ernährung und Rohstoffvorräte so finster und trüb, wie im Reich des Führers. Darum darf dort auch über die sozialen Erregungschafften, die Blum in einem Jahre durchsetzte, nicht berichtet werden. Dafür wird Streicher entfesselt, zumal Schachts Hoffnungen auf gute Geschäfte mit dem französischen Reich bitter enttäuscht wurden. Deutsch sein heißt für die Nazis, Geld stinkt nicht.

Wie peinlich, von diesem Gesindel gelobt, wie ehrenvoll, wie maßlos ehrenvoll, von ihm beschimpft zu werden.

## Die Deutschland-Halle wackelt

Die Potemkinschen Bauten fern in Nazi-Deutschland ihre Neuauflage, nur grandioser und unter Menschenopfern. Um die unerreichbare Leistungsfähigkeit des Naziregimes der Welt zu zeigen, werden nicht nur die »größten Bauten aller Zeiten« aufgeführt, sondern

# Südosteuropa und das dritte Reich

Die ewig wiederkehrende Klage aller Demokraten im ganzen Donauraum: Frankreich ist um einen Zug zu spät gekommen, es hat Deutschland zu lange das Feld allein überlassen. Nun ist es zu spät, vielleicht schon zu spät, um wiedergutzumachen, was in den letzten vier Jahren geschehen ist. Für die sechs Länder Südosteuropas ist Deutschland zum weitaus wichtigsten Markt geworden. Von dieser Abhängigkeit können wir uns nicht mehr befreien. Aus dieser wirtschaftlichen Bindung macht das Dritte Reich eine politische, die wir kaum mehr zu zerreißen vermögen. Und überall zieht naturgemäß der Faschismus oder wenigstens irgendeine Form der reaktionären Diktatur den Vorteil.

Es ist richtig, daß sich der Wirtschaftsverkehr zwischen Deutschland und den Südost-Staaten Europas seit 1933 ungeheuer intensiviert hat. Für Bulgarien, Jugoslawien, Griechenland, Rumänien, Ungarn und die Türkei ist der deutsche Markt ausschlaggebend geworden. Er nimmt rund die Hälfte der gesamten Exporte dieser Länder auf, Deutschland ist für ihren Export ebenso wichtig wie die ganze übrige Welt zusammengenommen. Das ist so aus einer ganzen Reihe von Ursachen. Das riesige deutsche Industriegebiet ist in sehr hohem Maße aus geographischen und natürlichen Gründen der gegebene Markt und Lieferant der überwiegend agrarischen Länder im Südosten. Ihre gegenseitige Entschreibung war vor Hitler da und wird auch nach den tausend Jahren weiterbestehen. Aber dazu kam, daß das Dritte Reich in einem Augenblick als Käufer geradezu unbegrenzter Rohstoffmengen auftrat, als die übrigen Märkte sich den Rohstoffproduzenten verschlossen. Während Westeuropa sich gegen Importe abschloß, hat unter Schachts Leitung das Dritte Reich den absatzstärkenden Rohstoffländern auf der Basis des Warenaustausches goldene Berge versprochen. Solange man nur die Wahl hatte, überhaupt nicht oder im Warenaustausch, das heißt im Clearing zu verkaufen, war man daher auf dem Balkan heilfroh, nach Deutschland liefern zu können, selbst wenn man dafür gelegentlich Waren in Zahlung nehmen mußte, die man kaum gebrauchen konnte.

Die gewaltige kommerzielle Offensive, die Deutschland in diesen Jahren im Südosten unternommen konnte, war also an dem Umstand gebunden, daß die unvergleichlich zahlungsfähigeren, das heißt in freien Devisen zahlungsfähigen Länder nicht kaufbereit waren. Von dem Tage an, da die Rohstoffe der südosteuropäischen Länder auf dem Weltmarkt gegen gute Devisen verkäuflich wurden, begann auch der Zauber des deutschen Marktes zu schwinden. Wenn jugoslawische Erze,

auch in den kürzesten Fristen, die jemals erreicht wurden. Der »Führer« befiehlt und sein Wort hat Schöpferkraft, in verbrecherischer kurzer Zeit ist der Bau fertig und alle »Sachverständigen« unterstützen diese Verbrechen.

So war es bei der Untergrundbahn am Brandenburger Tor, unter deren Trümmern viele Bauarbeiter begraben wurden, nur weil das Hetztempo alle Sicherheit und alle Ermahnungen beiseite schob. Die Verantwortlichen kamen nicht vor Gericht, sondern die Ausführenden, denen unerfüllbare Fristen gestellt wurden, die abzulehnen sie zu feige waren und die dadurch mitschuldig wurden.

Beinahe wäre wieder ein unermessliches Unglück passiert, wenn nicht noch im letzten Augenblick die Baupolizei eingegriffen hätte. Da für die riesigen Zusammenkünfte des »einigen deutschen Volkes« und die Reden der diversen »Führer« kein Raum, auch nicht der Sportpalast ausreichte, mußte die »Deutschland-Halle« gebaut werden, und sie entstand als Rekord-Bau in Rekord-Zeit, als einigermaßen der »Größe des Führers« angemessen.

Am 24. Juni sollte ein Konzert des Sängers-Gaues Berlin-Kurmark von etwa 1000 Sängern in der Deutschland-Halle stattfinden, zugleich als Vorschpiel zu dem großen bevorstehenden Sängerkrieg in Breslau. Die Generalprobe am 23. Juni war ohne Zwischenfall vorübergegangen. Am nächsten Tage kamen die Besucher zu Tausenden aus Groß-Berlin und der weiteren Umgebung. Auch viele Ausländer waren gekommen. Nachmittags um 5 Uhr wurde die Halle plötzlich von der

rumänischer und ungarischer Weizen, griechischer und bulgarischer Tabak usw. auf dem Weltmarkt in allen denkbaren Mengen zu anständigen Preisen verkauft werden können und der Käufer in guten Devisen zahlt, die überall gegen die gewünschten Waren eingetauscht werden können, dann fällt der Anlaß fort, gerade an Deutschland zu verkaufen. Dann bleiben zwar noch die natürlichen Voraussetzungen für einen intensiven Wirtschaftsverkehr bestehen, aber nicht mehr die außerordentlichen Umstände, die die deutsche Offensive ermöglichten. Und selbst die natürlichen Voraussetzungen verlieren an Kraft, wenn Deutschland der Autarkie zusteuert und an dem devisalessen Handel festhält.

Die Annahme erscheint also nicht unberechtigt, daß der große Zauber, der bisher den Südosten wirtschaftlich ans Dritte Reich knüpfte, an Kraft in Bälde verlieren und der Medizinmann Schacht zu neuen Künsten seine Zuflucht nehmen müssen wird, wenn er nicht selbst die Positionen Deutschlands vor 1933 verlieren will.

Aber es wäre verfehlt, wollte man aus dieser wirtschaftlich ermutigenden Perspektive voreilig auch Schlußfolgerungen politischer Natur ziehen. Die deutsche Wirtschaftsoffensive hat einen politischen Vorstoß Deutschlands erleichtert. Es steht keineswegs fest, ob ein wirtschaftlicher Rückschlag des Dritten Reichs im südosteuropäischen Raum auch seinen politischen Einfluß erheblich schwächen wird.

Es hieß die Geschichte unzulässig vereinfachen, wollte man den deutschen Bemühungen eine entscheidende Rolle in der Gestaltung der Innenpolitik der südosteuropäischen Länder beimessen. Hier hat im Laufe der Weltkrise die angestammte, eingeborene Reaktion die Hauptarbeit geleistet. Sie hat unzweifelhaft in Deutschland eine gewaltige Stütze gefunden, aber nicht so sehr im deutschen Absatzmarkt, als in der moralischen und materiellen Unterstützung, die das Dritte Reich überall den antidemokratischen Kräften angedeihen ließ. Es ist reichlich zweifelhaft, ob die Balkanreaktion den Sturm der Weltkrise hätte überstehen können, wenn nicht in Deutschland die Entscheidung zugunsten des Faschismus gefallen wäre. Gute Kenner Ungarns etwa versichern, daß die ungarische Feudalreaktion im Wanken war, als Hitlers Aufstieg ihr neue Kraft brachte und gleichzeitig die demokratischen Tendenzen unerhört schwächte.

Noch weit folgenschwerer aber als der Sieg Hitlers war in dem ganzen ungeheuren Raum zwischen Rhein und Schwarzem Meer die Art, in der Westeuropa auf seinen Aufstieg reagierte. Der Zusammen-

hang zwischen den ständigen Kapitulationen vor den Provokationen des Dritten Reichs auf der einen Seite und der Entmutigung der Demokratie in Südosteuropa auf der anderen Seite ist geradezu greifbar. Der 7. März 1936 und die Nicht-Interventionspolitik in Spanien haben der Sache der Demokratie in Südosteuropa mehr geschadet als alle Deutschland-Exporte zusammengenommen. Es sind historische Daten der Entmachtung Frankreichs und Englands, historische Daten des Aufstiegs des deutschen und des italienischen Einflusses. Darüber kann sich nur wundern, wer nicht die ungeheure Kriegsangst kennt, die in all den kleinen Ländern besteht, die ihre Staatlichkeit oder zumindest ihre heutigen Grenzen erst dem Weltkrieg verdanken. Man ist sich dort der Tatsache wohl bewußt, daß das ganze Staatensystem in Südosteuropa auf dem Kräfteverhältnis beruht, wie es bei Kriegsende bestand. Heute ist nicht nur dieses Kräfteverhältnis völlig zerstört, man fühlt sich der deutschen und italienischen Angriffslust wehrlos ausgeliefert. Wenn Frankreich und England Abessinien nicht schützen konnten, wenn sie die deutsche Kriegsvorbereitung nicht verhindern, die deutsche und italienische Invasion in Spanien nicht zurückweisen konnten — wer wagt es dann irgendeinem Kleinstaat Südosteuropa zu garantieren, daß es ihnen anders und besser ergehen würde, wenn das Dritte Reich zur Offensive greift?

Die deutsche Wirtschaftsattacke auf den Südosten ist eine Sache. Sie wird durch die Entwicklung selbst allmählich revidiert. Eine andere und unvergleichlich folgenschwerere Sache ist das Erstarken des deutschen politischen Einflusses, weit mehr infolge der Sünden und Schwächen der westeuropäischen Demokratie als aus irgendeiner geschichtlichen Notwendigkeit. Noch sind keine unwiderruflichen Entscheidungen gefallen. Die kleinen Länder wissen, daß sie von Deutschland keine Gnade zu erwarten haben und eine Verständigung mit diesem Partner von einer Unterwerfung nicht zu unterscheiden wäre. Starke Kräfte sind überall zum Widerstand bereit, was sie brauchen, ist ein Zeichen der Ermüdung aus dem Westen. Schon die bloße Zurückweisung der deutschen Forderungen nach dem angeblichen Zwischenfall der »Leipziger« hat Wunder gewirkt. Der Londoner Ausschuß hat gesehen, daß Frankreich und England den ganzen Kontinent mit sich reißen können, wenn sie den Mut zur Abwehr aufbringen. Heute ist das noch so. Ob es morgen oder übermorgen noch so sein wird, wenn die große Politik der Westmächte sich weiter auf der Linie der Kapitulation bewegt und die Sowjetunion durch ihre innere Zerfleischung sich selbst ausschaltet, ist mehr als fraglich. K. T.

Baupolizei geräumt und geschlossen, aber bis um 6 Uhr wurden noch Eintrittskarten zu hohen Preisen verkauft.

Es knisterte bereits im Gebäck, der Putz fiel von den Decken und die Tribünen hatten sich gesenkt. Wie groß die Gefahr bereits gewesen ist, vermag niemand zu ermessen. Wahrscheinlich wurde die Halle im letzten Augenblick geräumt und dadurch ein furchtbares Unglück verhütet. Dem erschrockenen und enttäuschten Publikum wurden die Eintrittsgelder weder zurückgezahlt, noch eine anderweitige Verwendung in Aussicht gestellt und die Ausländer konnten sich wenigstens einmal über Deutschland wundern.

Den Sängern wurde angeboten, das Konzert im Garten der Deutschland-Halle abzuhalten, was aber abgelehnt wurde wegen des »Konzerts« eines in der Nähe liegenden Rummelplatzes, so mußte die ganze Veranstaltung ausfallen. Der Sängerbühre wurde amtlich mitgeteilt, daß die Beschädigungen der Deutschland-Halle in drei Tagen behoben seien. Das glaubt natürlich kein Mensch und da die Halle immer wochenlang unbenutzt ist, braucht man sich an die drei Tage auch nicht zu halten. Die Ursache der Beschädigungen soll in den militärischen Übungen, in den Erschütterungen durch vorbeifahrende Tanks und in Schießübungen liegen, die nicht allzu weit entfernt stattfinden. Aber warum brechen darunter die anderen Bauten, selbst die leichten Buden eines Rummelplatzes nicht zusammen? Weil der Bau der Deutschland-Halle ein noch größerer Schwindel ist und

beinahe ein ungeheures verbrecherisches Unglück geworden wäre.

Aber ist das nicht symbolisch für den ganzen Schwindelbau des Dritten Reiches? Die »Deutschland-Halle« wird zugegebenermaßen zerstört durch die Kriegsvorbereitungen und noch rechtzeitig geschlossen. Auch das »Dritte Reich« muß geschlossen werden, ehe es unter den Kriegsvorbereitungen zusammenbricht und Millionen Menschen unter sich begräbt. Wo ist die Baupolizei? Die Arbeiterschaft wird sie stellen müssen.

## Wer darf Münchner sein

Man will jetzt wohl dazu übergehen, den emigrierten Schriftstellern und ähnlichen Verbrechern nicht nur das deutsche Vaterland, sondern auch — den Geburtsort abzuerkennen. Zumindest scheint das Naziblatt »Das Volk« das Signal zu solchem Schildebürgerstreich geben zu wollen. In einer pathetischen Verfluchung des Romanciers Lion Feuchtwanger heißt es daselbst:

»Bestützend wirkt es, daß Feuchtwanger sich mit echt jüdischer Frechheit als Münchener zu bezeichnen wagt. Das sollte er einmal in München selbst versuchen!«

Feuchtwanger ist 1884 in München geboren. Er hat einen großen Teil seines Lebens dort verbracht. Und nun wagt er es, sich als Münchener zu bezeichnen. Die jüdische Frechheit kennt eben keine Grenzen. Merk es dir, vaterstädtiger Geselle: nur durch reinrassige Herkunft und Gesinnung erwirbt man das Recht aus München zu stammen oder sonstwo und überhaupt geboren zu sein!...

# Göring kommandiert den Rohstoffnot

## Vier Monate Rohstoffdekrete

Die Rohstoffnot zwingt das Hitlerregime, die Verwendung der Rohstoffe zu rationalisieren, um die Rohstoffvorräte zu strecken. Das führt dazu, daß die Dispositionsfreiheit der Unternehmer immer kräftiger beschränkt wird, die Eingriffe der öffentlichen Hand in die private Wirtschaft immer zahlreicher und einschneidender werden. Die Verordnungen überstürzen einander und machen es dem Unternehmer von Tag zu Tag schwerer, sich in ihrer verschwenderischen Fülle zurechtzufinden.

Die nachstehend angeführten Verordnungen, sämtlich erlassen in den letzten vier Monaten, bezwecken nicht nur die Bekämpfung der Rohstoffnot, vielmehr wird diese zugleich als Anlaß genommen, schon jetzt die Organisation einer Kriegsvorratswirtschaft ins Werk zu setzen. Es handelt sich also nicht nur um Ersparnis-, sondern vor allem um Kriegswirtschaftsmaßnahmen.

Der Streckung der Vorräte dienen

### Verwendungsverbote u. Verwendungsbeschränkungen

Bei Siedlungen und Bauten, die mit öffentlichen Mitteln errichtet werden, sollen an Stelle der eisernen Öfen wieder nur Kachelöfen verwendet werden.

Die Verwendung von Weißblech und Weißband zur Herstellung von Verpackungen für eine große Anzahl von Nahrungsmitteln, chemisch-technischen und kosmetischen Erzeugnissen ist verboten.

Verboten ist ferner die Herstellung echter Silberwaren von einem bestimmten Feingehalt an und bestimmter Gegenstände aus Silber: Tafelaufsätze, Damenhandtaschen, Becher, Kaffee- und Teemaschinen, Lampen usw. Für Auslandsaufträge gelten diese beiden Verbote nicht.

Verboten ist auch die Verwendung von Gold für bestimmte Porzellanerzeugnisse.

Die Benutzung von Pneumatiken für Pferdefuhrwerke ist verboten, desgleichen die gewerbmäßige Verarbeitung von Lebertran (Fischtran) zu Lebertran-Emulsions-Mischfutter.

Die Verarbeitung von gebleichtem Sulfitzellstoff bei der Herstellung von holzfreiem Papier und holzfreiem Karton wird begrenzt. Ausführerlieferungen sind davon ausgenommen und Ausnahmen vorgesehen. Diese Anordnung wird damit begründet, daß Sulfitzellstoff in erhöhtem Maße für andere Zwecke verwendet wird (Munition).

Verboten ist die Ausfuhr von Phenol, Kresol, Kupfernitrat und außer Kurs gesetzten Silbermünzen.

Auf Anordnung des Präsidenten der Reichspresekammer Amann darf der Bedarf von Papier für den Druck von Zeitungen und Zeitschriften nur in der zulässigen Menge gedeckt werden. Die Fachverbände werden dafür verantwortlich gemacht, daß im Papierverbrauch für Zwecke der Presse die Einsparung bis an die Grenze des verlegerisch und staatspolitisch Verantwortlichen durchgeführt wird. Ueberschüssige Bestellungen sind zu streichen.

Die Leiter der Wirtschaftsgruppen Einzelhandel und Groß-Ein- und Ausführhandel sowie des Reichsstandes des Deutschen Handwerks richten an ihre Mitglieder einen Aufruf gegen unrationelle Verwendung von Verpackungsmaterial. Sie werden aufgefordert, ihre Abnehmer und Kunden entsprechend aufzuklären.

Immer mehr treten an die Stelle der Verwendungsverbote Ermächtigungen, die den Zweck haben, dem Staat und seinen Organen die Verfügung über die Verteilung der Rohstoffe zu sichern und eine Uebersicht über die Rohstoffvorräte zu verschaffen. Diese Verordnungen sind also zugleich

### Maßnahmen der Rohstoff- erfassung zur Vorbereitung einer kriegsmäßigen Rohstoffbewirtschaftung

Eine Verordnung des Reichsforstmeisters ermächtigt die Marktvereinigungen der deutschen Forst- und Holzwirtschaft, die Zuteilung und den Absatz von Holz und Erzeugnissen der Forst- und Holzwirtschaft zu regeln. Sie ist befugt, von einem Betrieb bereits gekaufte Ware einem anderen Betrieb zuzuweisen.

Für den Juni und Juli 1937 ist vom Reichsforstmeister eine Forsterhebung angeordnet worden, die sich auf sämtliche deutsche Forsten erstreckt. Sie ermittelt die

Größe der Betriebe, die Holzarten und Betriebsarten, Alter und Güte der Bestände, die tatsächlichen und die durchschnittlich jährlichen möglichen Erträge.

Um dem fortschreitenden Raubbau am deutschen Walde zu steuern, hat der Reichsforstmeister sich vorbehalten, die Höhe der Einschläge für einige Holzarten festzusetzen.

Angeordnet ist die Durchführung einer vollkommener Erfassung aller Verbraucher flüssiger Kraftstoffe über das ganze Reichsgebiet. Die Erhebung wird von den zuständigen Polizeibehörden durchgeführt. Die Maßnahme wird mit Erparnis begründet, ihr militärischer Nebenzweck springt aber in die Augen.

Die Wirtschaftsgruppe Nichteisenmetall-Industrie ist mit der Verteilung des Aluminiums und einer Erhebung der Aluminiumvorräte nach dem Stande vom 1. Mai beauftragt worden.

Die Verarbeiter von Platin und Platinmetall müssen laufend ihren Bedarf anmelden. Ueber die Verwendung von Platin sind Vorschriften erlassen worden.

Die zuständige Ueberwachungsstelle hat einer Erhebung über die Bestände und Umsätze von Lumpen und Reißwolle angeordnet.

Zur Regelung des Verkehrs mit Fellen und Häuten ist das Reichsgebiet in 15 »Anfallgebiete« eingeteilt. Häute und Felle dürfen aus ihnen nur entfernt werden, wenn sie an einen Verarbeiter verkauft worden sind. Dadurch soll »eine bessere Kontrolle über Qualität und Preisbildung ermöglicht werden«. Verarbeiter dürfen nur noch von einer Häuterverwertung oder einem Großhändler kaufen. Der Hauptzweck ist offenbar, den Kettenhandel zu unterbinden, eine Kontrolle der gesamten Lagerhaltung zu ermöglichen, die durch die Monopolisierung der Großunternehmungen übersichtlicher gemacht wird, und dadurch zugleich das Hamstern zu verhindern.

Aus ähnlichen Motiven hat die Ueberwachungsstelle für Eisen und Stahl mehrfache Bestellungen von Eisen, Walzwerkserzeugnissen usw. für den gleichen Bedarf, Gogengeschäfte und Koppelgeschäfte verboten, unrichtige Angaben über Art und Zweck eines Auftrages unter Strafe gestellt.

Lieferungen und Bezug von Terpentin-erzeugnissen sind nur auf Grund einer Genehmigung der zuständigen Ueberwachungsstelle gestattet. Betriebe, die pflanzliche oder tie-

rische Öle und Fette zu Mayonnaisen und Salaten verarbeiten, bedürfen einer Arbeitsgenehmigung. Von diesem Genehmigungszwang sind auch größere Gastwirtschaften betroffen.

»Um einer auftretenden Verknappung einzelner Darmarten rechtzeitig wirksam begegnen zu können, wird den Darmimporteuren und Großverteilern von Därmen anbefohlen, so viel Därme, wie einem normalen Vierteljahresbedarf entspricht, nicht auf den Markt zu bringen, sondern auf Lager zu halten. Der Verkauf von Großhandel zu Großhandel ist verboten, gestattet nur der direkte Verkauf an die Verarbeiter. Die Vorräte sollen also gestreckt und zugleich der Kettenhandel unterbunden werden.

Alle von Händlern getätigten Käufe und Verkäufe von zellwollenen Spinnstoffen sind der Ueberwachungsstelle zu melden.

Die Streckung der Vorräte erfolgt ferner durch

### Beimischungszwang und Zwang zur Verwendung von Abfällen und Altmaterial

Von der Reichsmonopolverwaltung darf nur noch ein einheitlicher Kraftsprit abgegeben werden, der zu einem Drittel aus Methanol und zu zwei Dritteln aus Alkohol besteht. Bisher hatte der Treibsprit nur 20 Prozent Methanol enthalten. Der Heizwert des Methanols, eines Abfallsprodukts der chemischen Großindustrie, ist geringer als der des Spiritus. Im kommenden Wirtschaftsjahr soll eine Einschränkung der Kartoffelbrennerei durchgeführt werden.

Nach einer Verordnung vom Mai müssen alle Kadaver von Rindern, Einhufern, Schweinen, Schafen, Ziegen und Hunden, die in Abdeckereien beseligt werden, abgehäutet und die Häute oder Felle der Verarbeitung zugeführt werden. Zuwiderhandlung wird bestraft.

Gebrauchte Säcke, Planen und Umhüllungen von Ballen dürfen nicht im Betriebe selbst verwendet werden, etwa als Aufwischtücher usw., sondern müssen sofort nach Entleerung an Aufkäufer abgeliefert werden, aber nur an solche, die im Besitz einer Zulassungsgenehmigung sind. Mit dem Altmaterial muß schonend umgegangen werden.

Die Fachgruppe Musik der Wirtschaftsgruppe Einzelhandel empfiehlt die Verwendung ausrangierter Baßseiten, da sie einen

Kupfergehalt von 60 bis 70 Prozent hätten und der Rest aus Stahl bestünden.

Walter Koehler hat das Amt des Leiters der Geschäftsgruppe Rohstoffverteilung im Stabe Görings niedergelegt. Er ist der Verantwortung dieses Amtes nicht mehr gewachsen, weil, allen einschneidenden staatlichen Eingriffen zum Trotz, die Rohstoffnot immer bedrohlichere Ausmaße annimmt. G. A. F.

### Kadavergehorsam - Zivilcourage

In der »Deutschen Wochenschau« wurde einem Redakteur übel - offenbar, als er die Sondergerichtsurteile durchlas. Er wagte natürlich nicht zu spucken, er verlegte sich aufs Zureden: man solle doch nicht Kadavergehorsam mit Disziplin verwechseln, man solle doch mal ein offenes Wort erlauben, man solle doch die Zivilcourage nicht erschlagen. Dann aber rannte die Feder allein weiter:

Das verlangt nicht nur die Logik, sondern das beim Deutschen besonders empfindlich entwickelte Rechtsgefühl. Der Nationalsozialismus wäre ja auch nicht er selbst, wenn er annähme, daß aus den Millionen uneigennütziger Kämpfer für seine Idee eines Tages Millionen mit Kadavergehorsam werden könnten, vielleicht nur, weil sie durch ihn »etwas geworden« sind! Das wäre Erniedrigung des Kampfgeistes!

Leute mit Zivilcourage sind erfahrungsgemäß anständige Leute. Und nach anständigen Leuten scheint sich der Schreiber zu sehnen. Er braucht nur noch ein kleines Bißchen weiter zu rummeln. Dann wird er sie finden - im Konzentrationslager.

### Die Posten frei - den braunen Bataillonen

Die Deutsche Reichspost hat für die Laufbahn des gehobenen und mittleren Postdienstes bisher nur Bewerber mit Abitur eingestellt. Von nun an werden auch junge Leute zugelassen, die aus der Obersekunda abgegangen sind. Selbst Bewerber, die das Mindestalter von 16 Jahren noch nicht erreicht haben, können Beschäftigung finden. Wie die deutschen Zeitungen melden, wird allerdings streng die Bedingung gestellt, daß

»alle Bewerber der NSDAP, der HJ, der SA, der SS, dem NSKK oder dem NSFK angehören, und dort die weltanschauliche Schulung der NSDAP mit Erfolg durchlaufen haben. Bevorzugt werden diejenigen Bewerber - sonstige Eignung vorausgesetzt - die sich vor dem 30. Januar 1933 für die nationalsozialistische Volkserhebung außergewöhnlich betätigt haben.«

Die Wiederherstellung des Berufsbeamtentums schreitet fort.

# Der Vatikan gegen das dritte Reich

## Demonstrativ gegen Hitler - in bisher unerhörter diplomatischer Form

Papst Pius XI. hat in diesen Tagen Pilger aus Chicago empfangen und dieser Abordnung amerikanischer Katholiken erklärt, sie könnten nicht nur auf die Größe ihrer Heimatstadt stolz sein, sondern vor allem auch stolz empfinden

»auf die Größe ihres vortrefflichen Kardinalerzbischofs, der bei der Verteidigung der Rechte Gottes und der Kirche zum Heile der Seelen so mutig auftrat!«

Das Haupt der katholischen Kirche ist damit seiner ganzen Autorität, vor den Kardinal Mundelein getreten, vor ihm, vor seine die Wahrheit nicht verfärbende »Tapezierer-Rede, vor den freien Deutsch-Amerikaner, der die Bürgerideale, die drüben gepflegt und gehegt werden, als Angelegenheit der Männlichkeit behandelt wissen will. Man beachte, daß die Form, die der Kardinal Mundelein damals gegen den »schlechten Tapezierer« wählte, gerade auch von jenen großen Mitspielern in der zeitgenössischen Demokratie abgelehnt und als peinlich empfunden wurde, die das zeremonielle Blindenküßelchen gegenüber dem dritten Reich erst auf die Weltbühne gebracht. Dritten Reich erst auf die Weltbühne gebracht. Darin bestand gerade Mundeleins befreiende und erlösende Tat, daß die von ihm sicherlich mit voller Ueberlegung gewählte Redeform diesem kläglichen Versteckspiel vor moralischen Tatsachen, die jeder weiß und die jeder vergessen machen möchte, ein Ende machte. Die Demonstration des katholischen Kirchenoberhauptes auch für die Form der Mundeleinsehen Rede, nicht nur für ihren Inhalt und Zweck, gewinnt so eine besondere politische Bedeutung.

Das Dritte Reich und Hitler selbst haben damit eine diplomatische Ohrfeige erhalten.

Die braunen Gewalthaber haben Mundeleins Rede zum Gegenstand einer feierlichen Demarche in Rom gemacht; die letzte Amtshandlung des bisherigen deutschen Gesandten am Vatikan bestand darin, von der Kurie in ultimativer Form zu verlangen, daß sie den Kardinal zur Ordnung rufe und womöglich kirchendisziplinarisch maßregle. Sollte nicht ein tiefer Sinn darin liegen, daß die erste souveräne Macht, die auf Hitlerdrohungen nicht mit höflichen Beschwichtigungen und faulen Kompromissen antwortet - gerade eine solche »Macht« ist, die weder über Kanonen noch über Bombengeschwader verfügt?! Die große Linie der gegenwärtigen Politik des Vatikans hat nach langen und wahrlich nicht ehrenvollem Schwanken, das die ganze kuriale Nachkriegspolitik ausfüllte und in Mexiko ebenso spürbar wurde, wie etwa in Wien, heute dafür optiert, in der von ihr als unvermeidlich erkannten Auseinandersetzung zwischen vernünftigen politischem und sozialem Fortschritt und menschenwürdiger Reaktion den Platz und den Raum für den Glauben und die Kirche jetzt schon so zu sichern, daß die große Woge aufstrebender Menschheits- und Zivilisationsprotestes der Zukunft nicht auch sie überspülen und wegschülen mag. Das ist der Sinn der Pacelli-Fahrt nach Paris gewesen und der Reden, die dabei gehalten wurden! In Oesterreich spricht man ganz offen von immer stärker werdender Entfremdung zwischen dem Bundeskanzler des hier aufgerichteten kompletten Polizeistaates, und den großen kirchlichen Kultusanschlechtern, die von der »Entwicklung der Dinge« ziemlich enttäuscht seien und vor allem beobachteten, wie die vornehme Aufgabe der Verteidigung des Glaubens gegen neubeidnischen Massenwahn, immer mehr an die katholische Presse der Schweiz statt der

österreichischen abrutsche. In Polen hat der Fürstbischof Sapieha sicherlich nicht aus purer Böswilligkeit und Laune dem »autoritären« Regiment der Offiziere und Landlords die Zähne gezeigt. Die Beziehungen zum »Freimaurer« Franco in Spanien sind seit dem Fall von Bilbao und der Austilgung aller baskisch-katholischen Freiheiten durch den baskerhaften »Sieger« sicherlich für Rom nicht besser geworden. Das ist eine geschlossene Kette sehr beachtlicher Erscheinungen und Entwicklungen.

Der Standpunkt der Kirche mit ihrer fast vollkommenen Anpassungsfähigkeit an alle Staatsformen, der aus ihrer transzendentalen Sinngebung des Daseins resultiert und in vielen Fällen zu absoluter ideologischer Gleichgültigkeit gegenüber jedem echten politischen Ideal geführt hat, umfaßt in der korrekteren, bei jedem wirklich entscheidendem Sachverhalt sich vordringenden Form doch auch den kanonischen Anspruch, daß der katholische Glaube seine sittlichen Mindestforderungen an eine jede Staatsform und an ein jedes weltliches Regime zu stellen hat. Das aber nun ist das für die heutige Linie der Kirche entscheidende: Diktaturen der heutigen Form vernichten auch dieses moralische Minimum. Die Kirche begeistert sich grundsätzlich für keine, auch die beste Demokratie und es wäre sehr fruchtlos, von ihrem weitabgewandten Blick einen Beifall verlangen zu wollen, den sie aus ihrem Wesen heraus nicht geben kann. Aber in der Unterscheidung zwischen dem »größeren« oder »kleineren« Uebel dieser Welt optiert der »Fels Petri« in einer Lage, in der es um Sein oder Nichtsein gehen kann, durchaus nach einem sehr gesunden und durch Jahrtausende geschärften Selbsterhaltungstrieb. F. E. Roth.

# Der erste Akt

## Die Tragödie Dollfuß — der Beginn der europäischen Katastrophe

Das Organ von Göbbels, der »Angriff«, hat sich aus Anlaß des japanischen Ueberfalls auf China über das veraltete Völkerrecht lustig gemacht: »Längst überzieht man sich anders mit Krieg, wortloser, verschwiegener und immer raffinierter.« Sie wissen es; denn sie handeln selbst längst nach diesem Rezept. Sie haben es von den ersten Tagen ihrer Herrschaft an befolgt. Der Dollfuß-Putsch in Oesterreich, die Ermordung von Alexander und Barthou, die Treibereien auf dem Balkan und der Krieg in Spanien bezeichnen ihre Praxis.

Am 25. Juli 1934 — vor drei Jahren — wurde Dollfuß in Wien ermordet. Ein von der nationalsozialistischen Partei befohlener Putsch sollte Oesterreich dem Dritten Reich gleichschalten. Dieser 25. Juli 1934 ist ein verhängnisvolles Datum. Zwar brach der Putsch zusammen — aber Hitler hatte zugleich erkannt, wie weit er in der offenen Verhöhnung des internationalen Rechts gehen konnte. Er hat gegenüber Oesterreich alle Methoden der Kriegführung ohne Kriegserklärung geübt, die wortlos wie die wortreichen, die verschwiegenen wie die offen brutalen, die raffinierten wie die plump gewaltsamen.

Der Angriff auf Oesterreich ist seit dem März 1932 vorbereitet worden. Am 18. März 1933 schon erfolgte eine Art von Ultimatum. Der Reichsjustizkommissar Frank warnte die österreichische Regierung, »etwa die Nationalsozialisten im Reich zu veranlassen, die Sicherung der Freiheit der deutschen Volksgenossen in Oesterreich zu übernehmen.« Oesterreich protestiert. Am 27. Mai verhängt der Reichsinnenminister die Tausendmarksperrung gegen Oesterreich, am 11. Juni erfolgt in Innsbruck ein Attentat eines deutschen Nationalsozialisten auf Dr. Steidle, am 12. Juni beginnt in ganz Oesterreich der terroristische Bombenfeldzug, am 13. Juni wird in Berlin unter Bruch der Exterritorialität der Presseattaché der österreichischen Gesandtschaft verhaftet. In Bayern wird die sogenannte österreichische Legion zusammengezogen, Hitlers Gauleiter für Oesterreich, Habicht, leitet den Feldzug gegen die österreichische Bundesregierung. Da die österreichische Bundesregierung nicht kapituliert, wird der Apparat der deutschen Propaganda gegen sie losgelassen.

### Des Aethers und der Lüge Wellen

Längst überzieht man sich anders mit Krieg — so heißt es heute im »Angriff«. Die braune Praxis gegen Oesterreich schildert Konrad Heiden in seinem Buche »Ein Mann gegen Europa«.

»Viele Gesichter hat der moderne Krieg. Während auf dem Lechfeld die Legion an den Minenwerfern übt, wühlt Habicht das Volk von Oesterreich gegen seine Regierung auf. Eine wunderbare Waffe ist der Rundfunk, eine wunderbare auch das Flugzeug; beide namentlich gegen einen schwächeren Feind, der wenig große Sender und immer noch zu viel Behutsamkeit in deren Benutzung hat.

Der Breslauer und namentlich der Münchener Sender eröffneten eine Belagerung des österreichischen Aethers, die vielleicht für künftige Kämpfe von Land zu Land als Muster gelten wird. Die Pressestelle des bayrischen Rundfunks kündigte an, die Sendungen sollten die Hörer in Oesterreich über die Lage unterrichten; nach Oesterreich geschmuggelte Flugblätter forderten auf, den Münchener Sender zu hören. In vierundachtzig Agitationsvorträgen forderte dieser Sender den Sturz der Regierung Dollfuß; Habicht, der nunmehr in München residierte, hielt davon einundzwanzig. Er spricht am 5. Juli 1933 einen »Aufruf an das deutsche Volk Oesterreichs« ins Mikrophon; am 10. August ruft er die Bevölkerung Oesterreichs zum Kampf gegen ihre Regierung auf, die er dabei aufs schwerste beschimpft; am 19. Februar 1934 ermuntert er, die Aufregung des Landes über die blutige Niederwerfung der Sozialdemokratie durch die Heimwehr ausnützend, über alle deutschen Sender die österreichische Wehrmacht, ihrer Regierung den Gehorsam zu verweigern. Der unglückliche Tauschitz (der österreichische Gesandte in Berlin) muß pro-

testieren und sich im Auswärtigen Amt verhöhnen lassen; eine Note der Reichsregierung vom 1. Februar 1934 bedeutet ihm: »Die Behauptung der österreichischen Regierung, daß im deutschen Rundfunk eine Verhetzungskampagne betrieben werde, ist nicht richtig. Die Vorträge des Rundfunks richten sich an die reichsdeutschen Hörer und unterrichten diese über die Entwicklung in Oesterreich.« Die gedruckten, stenographierten, auf Schallplatten genommenen Beweise des Gegenteils lagen in den österreichischen Akten und Registraturen.

Gleichzeitig stiegen von Bayern Flugzeuge auf und warfen Flugblätter über die österreichischen Grenzstädte. Kufstein, Salzburg, Reutte, Hallein, Zell am See und andere Orte wurden durch die Propaganda beregnet. Es waren manchmal ganze Flugzeuggeschwader.

Die Erfahrungen, die Tauschitz mit seinen Protesten im Auswärtigen Amt zu machen schon gewohnt ist, sind diesmal besonders lehrreich. Zuerst erfährt er, daß die bayrischen Behörden von Propagandafügen nach Oesterreich nichts wüßten. Dann läßt sich der Staatssekretär von Bülow selbst herbei, zu erklären, es hätten mit großer Umsicht und Gründlichkeit Erhebungen stattgefunden; von keinem öffentlichen Flugfeld Bayerns sei ein solches Flugzeug gestartet. Alle Privat- und Sportflugzeuge in Bayern hätten ihr Alibi nachweisen können. Somit war alles in bester Ordnung bis auf die Kleinigkeit, daß die Flugzeuge geschwaderweise über Oesterreich erschienen waren; auf den abgeworfenen Blättern war zum Steuerstreik und zur Abhebung der Spareinlagen aufgefordert worden.

Bülow meinte weise, das seien eben der Behörde unbekannt Flugzeuge, und sie seien vielleicht von irgend einer Wiese aus gestartet. Tauschitz hätte erwidern können, die stille Wiese sei vermutlich das Lager Lechfeld, und wenn der Flugzeugpark der österreichischen Legion den deutschen »Behörden unbekannt sei, so sei das nur eine von den neuen zu den vielen alten Erfahrungen über deutsche Zustände seit dem 30. Januar 1933«.

So wandten sich die Leiter und die Puppen der deutschen Politik zwischen Standpunkten und Ausflüchten hin und her. Die Erklärungen und Beschönigungen wechselten; treu blieben sie sich in der dauernden Entfernung von der objektiven Wahrheit. Tatsache blieb der gewaltsame Kampf einer hinter Unwahrheiten verschleierte Macht gegen den kleinen Nachbar.«

### Der Anfang des Grundübels

Dollfuß aber kapituliert nicht. Er nimmt den Kampf auf, er verläßt sich auf die Interessen der Westmächte und der Kleinen Entente. Welche Hilfe fordert er? Heiden schildert:

»Für Hitler ist dieser Kampf der erste große Probeschritt aufs europäische Gelände. An der österreichischen Pulverfaser tastet er ab, wie tief er das europäische System ohne Widerstand anschneiden darf. Der Griff nach Oesterreich fordert Italien und Frankreich direkt heraus und weckt die Sorge Englands, das Verwicklungen in Mitteleuropa immer fürchtet (denn so entstehen Kriege), sie aber kaum je wirksam hindert (denn so wird man in den Krieg hineingezerrt). Aus dreiviertel Einsicht und halben Entschlüssen entwickelt sich eine diplomatische Komödie, deren Ergebnis, weit über Oesterreich hinaus, eine Ermunterung für Hitler und eine bittere Lehre für Dollfuß ist.

Frankreich fordert von der Welt einen Protest zum Schutze Oesterreichs; England läßt sich zum Mittun bewegen. Dagegen Italien, über den nationalsozialistischen Terror in Oesterreich vielleicht am meisten erbittert, betrachtet das Donauland so sehr als eigene Domäne, daß es sich nicht einmal in deren Schutz mit andern teilen will; vor allem aber will es zwar Hitler aus Oesterreich hinausmanövrieren, doch nur, damit er sich um so wilder auf das übrige Europa stürze und Italiens alten Feind Frankreich kräftig in Schach halte. Darum lehnt es die Teilnahme an dem gemeinsamen Protestschritt der Mächte ab, der in den ersten Augusttagen des Jahres 1933 reif wird. Die ganze Aktion, zur Lösung des Feuers unter einem europäischen Pulverfaß erster Ordnung unternommen, hatte als wirkliches Ergebnis, die Uneinigkeit unter den ehemaligen Alliierten des Weltkrieges schallend zu verkünden. Dies ist

die geschichtliche Bedeutung der Schritte vom 5. und 7. August 1933, und man muß feststellen, daß Hitler sie sofort erkannt hat. Er nützte seinen Vorteil. Ein amtliches Kommuniqué über den französisch-englischen Schritt und seine Zurückweisung, das offenkundig von ihm persönlich stilisiert war, sagte:

»Der französische Botschafter hat heute vormittag unter Bezugnahme auf den Viermächtepakt zur Sprache gebracht, daß nach Auffassung der französischen Regierung die deutsche Propaganda mit Bezug auf Oesterreich in gewissen, in der letzten Zeit vorgekommenen Fällen mit den bestehenden vertraglichen Bindungen nicht vereinbar sei. Dem Botschafter wurde erwidert, daß der Reichsregierung eine Anwendung des Viererpaktes in dieser Form nicht angebracht erscheine, daß auf deutscher Seite Vertragsverletzungen irgendwelcher Art nicht vorlägen, und daß Deutschland daher diese Einmischung in die deutsch-österreichischen Auseinandersetzungen nicht für zulässig halte.

Der englische Geschäftsträger, der nachmittags in der gleichen Angelegenheit vortrat, erhielt denselben Bescheid.«

Unhöflich bis in die Form und skrupellos in der Ablehnung weltbekannter Tatsachen, sagt dies Kommuniqué den Alliierten, daß Hitler ihnen die Einmischung in Oesterreich verbiete und sie sich selbst vorbehalte. Die Betroffenen empfanden die Niederlage und nahmen sie hin.

Mit diesem diplomatischen Triumph begann eine Serie außenpolitischer Erfolge Hitlers, die alle auf der Grundeinsicht beruhen, daß in der Politik einer mehr ist als drei Halbe. Es begann zugleich die Serie jener wirksamen Versprechungen, die dem nationalsozialistischen Regime lange Zeit so viel Zugeständnisse und zuletzt so viel Mißtrauen eingetragen haben.«

### Dollfuß sucht Schutz

Nun steigt der Krieg mit Bomben und Papierböllern auf den Höhepunkt. Hitler droht offen. Am 15. Dezember 1933 erklärt Reichsinnenminister Frick dem österreichischen Gesandten:

»Wir haben den Kampf aufgenommen. Sie werden wohl im Laufe ihrer Tätigkeit die Ueberzeugung gewonnen haben, daß wir jeden Kampf, den wir einmal aufgenommen haben, kompromißlos zu Ende führen. Sie können auch überzeugt sein — und ich kann Ihnen versichern, daß ich in vollkommener Uebereinstimmung mit meinem Führer spreche — daß auch dieser Kampf, wie er begonnen wurde, so weh er unsern deutschen Herzen tut, bis zum Schluß durchgeführt wird.«

Dollfuß sucht Hilfe bei Mussolini. Am 18. März 1934 werden in Rom zwischen Mussolini, Dollfuß und Gömbös die römischen Protokolle unterzeichnet. Hitler aber holt zum entscheidenden Schlag aus. Die nationale Erhebung vom März 1933 im Reich soll in Oesterreich wiederholt werden.

### Der Plan des Aufstandes

Ueber den Kriegsplan Hitlers gegen Oesterreich berichtet Heiden:

»Das geschichtliche Phänomen der Wiederholung ist oft ein Hinweis auf einen zunächst nicht erkennbaren oder nicht beweisbaren Zusammenhang. Der nationalsozialistische Aufstand in Oesterreich am 25. Juli 1934 wiederholt ein früheres wichtiges Ereignis der nationalsozialistischen Parteilgeschichte so auffallend, daß die gewissermaßen stilistische Ähnlichkeit einer Enthüllung gleichkommt.

Im Lauf des Juli wurde in München der Putschplan ausgearbeitet. Durch einen Zufall ist er bekannt geworden. Am 26. Juli fiel der österreichische Zollwache an der Grenze bei Kollerschlag ein deutscher Kurier, der stellenlose Hotelsekretär Franz Heel in die Hand. Man fand in seinem Hemd und in den Schuhen versteckt zwei Dokumente, von denen eines einen vollständigen Aufstandsplan und das andere einen Chiffre-Schlüssel enthielt. Die erste Zeile dieses Chiffre-Schlüssels lautete:

Dollfuß † alte Besteckmuster eingetroffen.

Der Tod von Dollfuß war also geplant, vorgesehen oder erwartet; er stand, das läßt sich mindestens sagen, an der Spitze aller Erwartungen.

Das zweite Dokument, der eigentliche Aufstandsplan, wurde etwas zerfetzt aus den Schuhen Heels herausgeholt, so daß einige wenige Worte unkenntlich geworden waren. Der Sinn ist aber deutlich geblieben. Das Schriftstück begann:

»1. Es besteht die Möglichkeit, daß die Regierung Dollfuß eines Tages zum Rücktritt gezwungen . . . wort »Sommerfest« entweder wird eine neue Regierung ernannt oder es entspinnt sich ein Kampf um die Nachfolge.

2. In jedem Falle entsteht auf gewisse Zeit, wenigstens eine Stunde, ein gewisses Vakuum. Die Exekutive gehorcht nicht mehr der alten Regierung, sie hat aber auch noch keine Befehle der neuen Regierung und ist infolgedessen in ihren Entschlüssen und in ihrer Tatkraft gelähmt.

3. Dieser tote Punkt muß ausgenutzt werden. Auf die Nachricht vom Rücktritt Dollfuß unternimmt die SA überall sofort selbständig »unbewaffnete Propagandamärsche, offiziell, um für die Neuwahlen zu demonstrieren, in Wahrheit, um sofort in den Landeshauptstädten und Bezirksamtsitzen die öffentlichen Gebäude und Aemter zu besetzen und die Macht zu ergreifen . . .«

Ein blitzartiger Hinweis: Neuwahlen, scheinbare Propagandamärsche hierfür, in Wahrheit gewaltsame Machtergreifung. Ein hoher deutscher Diplomat, der Referent für Oesterreich in jenem Auswärtigen Amt zu Berlin, das sich nie in österreichische Verhältnisse einmischte, hatte von Tauschitz Neuwahlen verlangt; das Kollerschlag Dokument erläuterte nun, daß Neuwahlen das geheime Stichwort für den bewaffneten Aufstand war. Doch damit ist die Bedeutung des Dokuments lange nicht erschöpft. An einer späteren Stelle sagte es:

»Das Motto lautet: Ein freies, selbständiges Oesterreich, ebenso unabhängig vom Reich wie von Italien, aber Wiederherstellung wahrhaft verfassungsmäßiger, gesetzlicher Zustände.«

Die Gemessenheit dieser Formulierung sagt mehr als ein wilder Ausbruch; sie macht deutlich, daß die Instruktionen nicht von heißblütigen Rebellen, sondern von einer sorgsam prüfenden und namentlich auch die außenpolitischen Hemmnisse Deutschlands berücksichtigenden Stelle stammen. Daß diese Stelle ein kluger und in Rebellionen erfahrener Kopf sein mußte, ging aus den folgenden beiden Sätzen hervor:

»Hiebei ist weder für noch gegen einen etwa neu ernannten Bundeskanzler Stellung zu nehmen. Dieser ist vielmehr zu ignorieren, so daß es nach außen hin fraglich bleibt, ob nicht die Machtübernahme mit seiner Billigung erfolgt.«

Das Dokument faßt dann zwei Möglichkeiten ins Auge: daß die neue Regierung sich entweder den Nationalsozialisten füge, oder daß sie Widerstand leistete. Für diesen Fall befahl es Kampf um die Macht »mit allen Mitteln«. Diese Mittel waren seit langem vorbereitet, die Stichworte schon früher ausgegeben, das Dokument bedeutete nur eine letzte Mahnung zur Bereitschaft: »Kurz gesagt, aus dem »Sommerfest« entwickelt sich spontan das »Preischießen« mit »italienischer Nacht« wie es bereits vorbereitet ist.«

Den Bürgerkrieg nannten sie Preischießen, und die Abschachtung ihrer Gegner italienische Nacht. An einer Stelle hieß es: »Führende, uns feindlich gesinnte Köpfe aus Regierung und den Wehrverbänden sind umgehend festzusetzen, bei Widerstand unschädlich zu machen.« Dieser Befehl kam aus Deutschland; er macht das folgende erst ganz verständlich.

Und schließlich die strategische und politische Krönung des Plans: »Ueber die Rückkehr der Legion ergeht besondere Weisung, sie wird schnellstens nach Wien geführt.«

Dieser Feldzugsplan ahmte genau die Taktik der deutschen Nationalsozialisten in den Tagen der sogenannten nationalen Erhebung des März 1933 nach. In kritischer Stunde marschiert die SA, und zwar scheinbar nur zum Vergnügen; in Wirklichkeit nimmt sie sich die Macht, Praktisch ist dieser Plan nicht durchgeführt, sondern, offenbar in letzter Minute, durch einen anderen, abenteuerlicheren ersetzt worden.«

### Die Ermordung von Dollfuß

Der abenteuerlichere Plan war der Handstreich, der am 25. Juli unternom-

mon wurde und der Dollfuß den Tod brachte. Dieser Handstreich ist dem Mordgeist des 30. Juni 1934 entsprungen. So wie Schleicher, Klausener und andere kurzerhand ermordet worden waren, so sollte ein mörderischer Handstreich in Oesterreich Platz für eine nationalsozialistische Gleichschaltungsregierung schaffen.

Am 25. Juli 1934 stürmt ein Trupp von 154 Rebellen in Armee- und Polizeiuniform das Bundeskanzleramt, Bundeskanzler Dollfuß wird niedergeschossen. Er verblutet langsam, um dreiviertel vier ist er tot.

Aber der Putsch bricht zusammen. Heer und Polizei marschieren. Die Rebellen kapitulieren. In Kärnten und Steiermark wird tagelang gekämpft, dann wird die Ordnung wieder hergestellt.

Mussolini mobilisiert. Italienische Divisionen besetzen die österreichische Grenze. Am 29. Juli schreibt der römische Messenger:

»Nur zu oft sind die Versprechungen der deutschen Regierung nicht eingehalten worden. Wir werden nicht auf dem Fuß moralischer Gleichberechtigung mit Leuten verhandeln, die mit solchen Zynismus die Beachtung der Ehrengesetze unterlassen. Jede Regierung in der Welt hat heute das Recht, ihre volle Freiheit hinsichtlich Deutschlands in Anspruch zu nehmen.«

Hitler aber leugnet alles. Er spricht von Bedauern und Verurteilung. Er geht zu einer anderen Methode über: zur wortlosen, verschwiegenen, raffinierten.

### Keine Konsequenzen!

Die Welt hat aus diesem Angriff keine reinigenden Konsequenzen gezogen. Die demokratischen Westmächte begingen die unglaubliche Torheit, Mussolini hinfort die Regelung der österreichischen Frage selbständig zu übertragen. Die Auslieferung Oesterreichs an Mussolini war die erste Vorleistung, die die Laval-Politik an den italienischen Imperialismus bezahlte. Die verhängnisvolle Kette begann, die über den abessinischen Krieg und die Rheinlandbesetzung zur Bildung der Achse Rom-Berlin geführt hat.

Heute spricht Mussolini Hitler nicht mehr die moralische Gleichberechtigung ab, heute ist Oesterreich Objekt der römischen wie der Berliner Politik, Berlin und Rom verfolgen gemeinsam in Spanien, was Hitler 1934 in Oesterreich treiben wollte — nur offener noch, zynischer und noch ungehemmter vor den demokratischen Mächten.

Die Vertragstreue, das Einhalten gegebener Versprechungen, die Beachtung des internationalen Rechts und der Ehrengesetze sind inzwischen von ihnen mit verächtlicher Gebärde zum alten Eisen geworfen worden.

An die Stelle des Völkerrechts haben sie zwei einfache Prinzipien gesetzt: »Gewalt geht von Recht« und »Alles ist erlaubt«.

## Schweigen

»In unserem Land herrscht ein böser Despot, ihm sind wir wie Sklaven zu eigen.

Wir schlagen im Traum ihn erst lahm und dann tot.

Wir hassen — und schweigen — und schweigen.

So klagte der Fremdling. Der Gastgeber sprach:

»Ihr wagt euch in Schweigen zu hüllen? Ihr Glücklichen! Schweigen! Wir lechzen danach.

Wir hassen — und brüllen — und brüllen.

In unserem Land ist das Schweigen verpönt, im Zuchthaus noch suchst du's vergebens. Wenn unser Tyrann uns mißhandelt und höhnt,

dann singen wir »Freut euch des Lebens«.

Und wenn uns ein Stacheldraht vierfach umschließt,

muß lauter das »Heil!« noch erklingen, und wenn man uns peitscht und zum Spaß auf uns schießt,

dann müssen wir Volkslieder singen.

Und wenn uns der Hunger das Leben vergrößert —

wir müssen den Hunger noch preisen, und wenn uns der Zellstoff am Leibe zerfällt,

dann schreiben wir: »Haltbar wie Eisen!«

Und doch — unserm Herrn liegt das Schweigen im Ohr.

Es brüllt, daß die Balken sich biegen. Er fürchtet und flieht es. Er zittert davor und weiß doch — er wird ihm erliegen, und weiß doch — das Schweigen wird siegen.

# Deutsche Feste-deutsche Kunst

## Hitler donnert gegen schwefelgelben Himmel

Das Volk sammelt Abfälle — das Dritte Reich feiert lärmende Feste. Göbbels hat auf der Pfaueninsel ausländischen Gästen ein Bachanal gegeben. Hoppla, wir leben. Farbige gedämpfte Licht über dekorierten Tischen. Drei Kapellen spielten. Die Insel war abgesperrt. Der Weg der Herrschaften führte durch ein Spalier weiblicher Statistinnen, einheitlich als Pagen kostümiert; später fungierten sie als Eintänzerinnen. Germanische Einfachheit und Keuschheit feierten Orgien, bei Champagner und Delikatessen. Wozu giebt die neue Volksgemeinschaft? Einige Tage später waren auf der Insel eine Serie Arbeitervertreter zu Gäste und staunten, wie rasch sich Kulissen wandeln können. Es gab Würstchen, Kartoffeln und Bier. »Deutscher Sozialismus« heißt: Jedem das Seine.

In München wurde drei Tage lang der »Tag der deutschen Kunst« gefeiert. Straßen und Plätze waren dekoriert, als schwommen Staat und Stadt nur so im Gelde. Wochenlang arbeiteten Tapezierer, um ganze Straßenzüge mit farbigen Stoffen zu bespannen. »Straßen und Plätze auf nie gesehene Art verzaubert«, lautete eine Schlagzeile der »Münchener Neuesten Nachrichten«. An die acht Millionen Mark wurden darüber verpulvert. Hoppla, wir leben — wenn auch auf einem Vulkan.

Die Baukosten für das im klassizistischen Stile gehaltenen »Haus der deutschen Kunst«, um dessen Einweihung sich der verschwenderische Rumel drehte, werden mit neun Millionen Mark beziffert. Einer Marotte Hitlers zuliebe wurde ausgerechnet dieser Platz am englischen Garten gewählt, obwohl die Fachleute vor dem sumpfigen Boden warnten. Das Festmachen des Bodens allein dauerte bei Tag- und Nachtarbeit zwei Jahre. Bestände in Deutschland auch nur ein Minimum politischer Freiheit, so hätte man an den Einweihungstagen laute Protestkundgebungen empörter Massen erleben können. Aber despotische Systeme brauchen nun einmal nichts dringender als Kulissen, Monumente, Festzauber, Blendwerk — und wenn der Finanzbankrott ins Aschgraue steigt. Mag das Volk in Papier einher gehen und Knochen sammeln.

Eine Flut inhaltloser Reden ergoß sich über die Festteilnehmer. Man kennt die Platte von der »neuen deutschen Kunst« seit Jahren, sie ist immer die gleiche, trotzdem die Gleichgeschalteten über die deutschen Kunstleistungen der letzten vier Jahre recht resigniert und meckerisch urteilen.

Den braunen Groll, der sich ob dieser abwartenden Zurückhaltung angesammelt hat, spürte man vor allem in Hitlers Eröffnungsrede. Es war die einzige, die aus dem Rahmen fiel — und zwar durch ihr maßlos aufgeregtes Geschimpfe. Das knallte nur so von Schimpfworten wie: Literatengeschmeiß, Frechheit, Blödsinn, Kretinismus, Bilderschmierer usw. Aus dem Radio rührte die heile Wut über die zunehmende Meckerei und die Zweifel an der braunen Zwängkunst. Mit überschnappenden Stimme fluchte er allen, die auch nur

je anzudeuten wagten, der neue Kurs führe zurück in die Primitivität. Nein, das täten jene Schmierereien der jüdisch-liberalistischen Zeit, worunter er auch die wilhelminische Zeit verstanden wissen will. Daß einige Repräsentanten der von ihm verfluchten »Kunstvernarrung« inzwischen in der Berliner Ausstellung französischer Malerei zu sehen waren, eine gute Presse hatten und selbst von »Völkischen Beobachter« mit Achtung behandelt wurden, verschlug ihm seine Gemeinplätze mitnichten. »Wahre Kunst ist die, welche vom ganzen Volke verstanden wird. Es sind die Kritiker und Literaten, die das blöde Gerede aufgebracht haben, große Kunst werde vom Volke nicht immer verstanden.« Nichts weiß er von Kunstleistungen, die erst von späteren Jahrzehnten anerkannt wurden, nichts von Goethes kritischen Aussprüchen über Masse und Kunst. Hat er auch keine Ahnung davon, daß in diesem Punkte inzwischen schon die SS-Zeitung ihren Banausenstandpunkt revidiert hat? »Deutsche Kunst für deutsche Menschen!« — fordert er. Dabei marschiert in einer Münchener Festsschrift über deutsche Kunst vorne an ein Hans von Marées, laut DAZ der »soldatische Maler des deutschen Idealismus« — mit der kernjüdischen Mutter. Welch ein Durcheinander! Selbst den Impressionismus will der Osaf nicht mehr gelten lassen, will fürder nicht dulden, daß ein Maler seine Wiesen mit blauen Schleiern sieht und den Himmel schwefelgelb. So hadert er mit Gott, der Natur und allen wirklichen Kunstgesetzen, nennt sich und seine Anschauungsart die wirkliche Wirklichkeit, droht den anderen mit Kerker, den erbkranken »Schmierern« mit Sterilisation — und weiß nicht, wie sehr er in Gashaue sitzt.

Warum wir an diesen wirren Unsinn einigen Platz verschwenden? Weil das maniakische Gebrüll in Ton und Inhalt eine gefährliche Steigerung jenes Geisteszustandes offenbart, der allen Verantwortlichen Europas die Augen öffnen müßte. Und weil an diesem Manne von seiner Umgebung ständig ein Verbrechen verübt wird. Auch in den Münchener Reden byzantinert seine Lakaien in der widerlichsten Weise. Da war er der »große Künstler«, der das größte Monument unserer Zeiten geschaffen hat, der große Bauherr, der dem Kunstschaffen unserer Zeit die Richtung weist, wie der Reichspresse-Dietrich emphatisch ausrief. Dabei wissen sie alle, daß er bestenfalls ein lärmender Dilettant ist, der auf keinem Gebiete mit wirklichen Kenntnissen aufwarten kann. Alle wissen es, keiner sagt ihm ein Körnchen Wahrheit, alle steigern sie seinen feldweibhaften Größenwahn, und so sind sie alle mitschuldig an dieser Weltblamage, die auf Kosten des deutschen Volkes geht. In der Ausstellung »Entartete Kunst«, die einen Tag später eröffnet und von Hitler mitbestimmt wurde, hängen Werke weltberühmter Meister, wie Nolde, Beckmann, Otto Dix, Pechstein, Kandinsky, Chagall usw. Auch das berühmte »Ecce homo« von Lovis Corinth baumelt an der

Schandmauer. Da ist schon keine Bilderstürmerei kleinbürgerlicher Banausen mehr — das ist der Irrsinn.

Die brüllende Schimpfrede mußten sich Vertreter auswärtiger Mächte, Repräsentanten der Kunst und Wissenschaft mitanhören. Auf die ganze Prominenz prasselte eine kranke Agitationsrede amüsichster Art hernieder. Nur einer fehlte, der eigentlich mit hin gehört hätte, ein brauner Kunstmäcen, der im Dritten Reich einen Liebermann ausstellte, als ihm schon das Malen verboten war und der in seinem Salon jene Malerei protegierte, die Hitler am Sonntag mit Bannflüchen belegte. Er heißt Ernst Hanfstängl, war Hitlers intimster Freund, gewährte ihm nach der Flucht vom Münchner Putschfeld in seiner Villa Unterschlupf, wird sein Berater und Auslandsprossechef. B. Br.

## Ausgenommen bleiben Fälle...

Der Reichsführer der SS hat in einem Runderlaß angeordnet, daß künftig »die Polizeibehörden bei Bekanntgabe der amtlichen Ermittlungen über Straßenverkehrsunfälle an die Tagespresse den vollen Vor- und Zunamen sowie die Wohnung des Schuldigen, gleichgültig ob es sich um einen Fahrzeugführer oder einen Fußgänger handelt, in allen Fällen anzugeben haben, bei denen nachweislich übermäßiger Alkoholgenuß zum Verkehrsunfall geführt hat.«

Aber schon während er diesen Befehl niederschrieb, scheinen ihm Bedenken aufgestiegen zu sein. Ganz Deutschland weiß — und selbst Himmeler weiß es —, daß niemand, nüchtern oder betrunken, so durch die Gegend zu rasen wagt wie die schwarzen und braunen Autogardisten. Nach längerem Nachdenken fügte deshalb der SS-Fürst einem Erlaß den etwas ungewöhnlichen Satz hinzu:

»Ausgenommen bleiben Fälle, bei denen ganz besonders gelagerte Umstände eine Ausnahme notwendig machen.«

Und dieser kurze Satz sagt mehr über die deutschen Rechtszustände aus, als die schönste Kundgebung des »Rechtswahrbundes«.

## Der Unterschied

Die »Wahlordnung« hält sich in der Form genau an die westeuropäischen Beispiele. Freilich müßten auch den geflissentlichsten Verkündern der »Sowjet-Demokratie« in Westeuropa bei den Bestimmungen über das »Wahlvorschlagsrecht« die Augen über den wahren Charakter der neuen Manöver des bolschewistischen Staates aufgehen, da (im Artikel 56 ff.) klipp und klar gesagt wird, daß lediglich die kommunistische Partei und ihre Organisationen sowie die ausschließlich von ihr beherrschten Verbände, wie die jungkommunistischen Organisationen, die Gewerkschaften usw., das Recht zum Vorschlag eines Kandidaten im Wahlbezirk haben.

Preußische Zeitung Nr. 181.

## Fünf aus Afrika

Wie wir von ehemaligen Häftlingen erfahren, befinden sich in einem deutschen Konzentrationslager fünf Fremdenlegionäre, die eingeliefert wurden, weil sie sich »im neuen Staat nicht eingewöhnen konnten«.

Sie kannten die sengende Sonne Afrikas. Den verzehrenden Dienst in den Tropen. Wüstenmärsche. Wer liegen blieb, war verloren. Nächtlüche Kämpfe mit Mauren und Arabern. Eiserner Disziplin, weil die versengten Nerven ab und zu meuterten. Wenn der Bims bei 35 Grad im Schatten unerträglich wurde, brach ab und zu einer in Cafard aus: warf das Gewehr in den Sand, riß sich die Uniform vom Leibe, sang Spottlieder auf Vorgesetzte, Schaum vorm Munde. Dann wurde er gepackt und einen Tag lang krumm geschlossen, Hände und Füße nach rückwärts zusammen gebunden.

Ein Trost blieb es für die Fünf, daß sie Zeitungen aus der deutschen Heimat bekommen. Da lasen sie herrliche Schilderungen vom »neuen Staat«, von der Erneuerung, vom »deutschen Sozialismus«, von der neuen Volksgemeinschaft. »Deutschland ist wieder sauber geworden...« »Es wird wieder gelacht in Deutschland...« Und die herrlichen Führerreden von der neuen deutschen Kultur, von der neuen Freiheit, von der neuen Sonne über befreitem Volke. Oh, welche Lust, ein Deutscher zu sein...

Das Paradies lockte und sie verdorrten im afrikanischen Sande. Manchmal dachten sie an Flucht, aber das Meer war zu weit weg. Und dann kam endlich die Stunde der Heimkehr. Sie hätten bei der Legion bleiben,

avancieren, Korporale werden können. »Nicht für einen Wald voll Affen...« Im Norden lockte die erneuerte Heimat — und sie sollten in dieser Kommisshölle bleiben? Nein, nicht einmal für die Leutnantsstresen.

Und dann landeten sie endlich in der Heimat, im Reich des Flüsterns, des Kadavergehorsams, der Lüge, der Meckerei, der schiefen Blicke nach hinten, der Block- und Hauswarte, der Korruption, der Denunzianten und Spitzel, der unzähligen Bonzen und Oberbonzen. Man kann es sich schenken, das große Staunen der Fünf zu schildern. Es ging ihnen wie jenen Goldsuchern, die von weiten goldene Berge sahen und Dreck fanden.

Aber wer der afrikanischen Barbarei entschließt, ist immer noch ein Minimum Menschenrechte gewohnt. In der »Sklaverei der Fremdenlegion« gibt es immer noch ein festes Quantum Meinungsfreiheit. Das wurde den Fünf zum Schicksal. Sie kamen daher aus dem Staunen nicht heraus, wollten sich nicht daran gewöhnen, daß die afrikanische Barbarei erheblich menschlicher als die naziotische sein sollte, gerieten ins Meckern, konnten sich nicht »eingewöhnen«, meisterten den schiefen Blick nach hinten noch nicht. Sie lernten zwar einst in langen schweren Dienstjahren das Maul halten, aber so routiniert, wie die Neudeutschen, konnten sie es nicht zähmen. Hitlerdeutschland hatte für diese heimgekehrten »soldatischen Menschen« nur Platz im KZ.

Oskar Wöhrle, auch ein ehemaliger Fremdenlegionär, schildert in seinem lebendigen urwüchsigen Jugendroman »Baldamus« die Qualen eines Legionärs. Wöhrle entflo, kehrte freudig in die wilhelminische Heimat zurück, wurde in die preußischen Kaserne ein-

gezogen und derart geschlocht, daß er bald mit einem Herzknacks im Lazarett lag. »Was die Fremdenlegion nicht fertig brachte«, heißt es in seinem Roman, »das gelang diesen preußischen Schindern in wenigen Monaten.« Eine schwere Anklage gegen die deutsche Kaserne, aber Baldamus kannte das Dritte Reich noch nicht. Wie viele gereifte Männer, die den Weltkrieg überstanden, haben sich den Herzknacks im neudeutschen Arbeitsdienst geholt!

Und die KZ? Wir wissen nicht, was die Fünf aus Afrika träumen. Wir kennen sie nicht: wir wissen nicht mehr von ihnen, als die obigen Mottozeilen aussagen. Aber wir kennen Dutzende, die Hitlers Erneuerungshölle entrannen. Ehemalige Kriegsverletzte sind darunter. Nach dem Kriege noch hörten sie nachts Schießen, hörten bestende Granaten, träumten alle Schreie der vier Jahre, erwachten schweißgebadet und priesen das Glück, daß alles ein Traum, alles vorüber war. Auch später, im neudeutschen KZ, wurden sie nachts von Kriegsträumen überfallen, bestende Granaten um sie her — und erwachten durch das Gebrüll unreifer Buben, die ergraute Männer, »Kriegshelden«, mit Peitschen und Gummiknüppel aus den Betten jagten. Und die Gequälten wünschten sich in den blutigen Kriegstraum zurück, weil die braune Wirklichkeit grauhafter war.

Die Fünf aus Afrika — es ist nicht mehr viel dazu zu sagen. Im Wüstensande haben sie ihr Leben eingesetzt — »heroische Naturen«, wie es im Nazijargon heißen würde — die Disziplin herrschte drakonisch, aber geschlagen. Im Menschlichsten erniedrigt, ohne Schuld beschimpft, gedemütigt, sadistisch und

## Bei der Ahnensuche verunglückt

Der »Westen«, Berlin, hat eine Ahnen-Suche eingerichtet, in der serienweise Notzettel wie etwa die folgenden erscheinen:

Voigt Carl Ludwig, Bürger von Berlin, Fuhrmann, starb am 23. Februar 1814 laut Eintragung in der Georgenkirche als ehemaliger Schlossermaler, 50 Jahre alt. Wo und wann ist er geboren?

Sommerfeld. Wo ist Friedrich Wilhelm Sommerfeld am 3. Juli 1826 geboren?

Mertins. Wo im Kreise Königsberg-Preußen ist dem Gerichtsdieners Ernst Mertins am 29. April 1852 ein Sohn geboren worden?

In der Rubrik »Antworten« findet sich — in Nr. 180 unter Überschrift »Deutschblütig?« — die folgender niederschmetternde Feststellung:

Die in der Suche der Nummer 166 gestellte Frage, wo eine am 9. November 1820 in der Umgegend von Berlin erfolgte Heirat von Konvath mit Suerland eingetragen sei, gibt uns Anlaß zu einer weitläufigeren Erörterung.

Es ergibt sich, daß der Bräutigam, dessen Vorfahren aus Ungarn stammten, nicht deutschblütig ist. Es dürfte also die Frage zu stellen sein, ob hier ein artverwandtes Blut vorliegt. Es ist nicht Aufgabe des Sippenforschers, einer Parteistelle, einer Personaleinstellungsstelle usw., diese Frage zu entscheiden. Diese Aufgabe fällt vielmehr der Reichsstelle für Sippenforschung in Berlin NW 7, Schiffbauerdamm 26, zu, die über die Frage der Abkunft bindend entscheidet. Sie allein ist befugt, durch ein Gutachten zu entscheiden, ob jemand deutschblütig artverwandten Blutes oder fremdblütiger Abstammung ist. Welche Folgerungen aus der festgestellten deutschblütigen oder artfremden Abstammung zu ziehen sind, das ist dann Sache der Partei oder Behörde. Bestreitet ein Betroffener die Richtigkeit des Gutachtens, so hat er seine Vorstellungen bei der Reichsstelle für Sippenforschung vorzubringen und hier eine Änderung des Gutachtens zu erwirken. Erst, wenn dies gelungen ist, kann die Behörde, die Partei usw. eine neue Schlußfolgerung aus dem Gutachten ziehen.

Zur Zeit, da diese Zeilen geschrieben werden, dürften also die unglücklichen Nachfahren des Herrn Konvath schweißtriefend von der Sippenforschungsstelle zur Partei, von der Partei zur Behörde, von der Behörde wieder zur Sippenforschungsstelle rennen und sich als arme Blutsverwandte in Erinnerung bringen. Und die Konvaths rennen nicht allein, aber Tausende erschrockene Sippenforscher staunen wie sie ruhelos durch Deutschland. Wehe denen, die am Ende ihrer Irrfahrt »fremdblütige« gesprochen werden!

Während die lieben Deutschen solcherart beschäftigt und abgelenkt sind, wüßten ihre Herren, die sich um ihre eigenen Stammbäume den Teufel scheren, mit zynischer Verantwortungslosigkeit um Krieg und Frieden.

wehlos gequält wurden sie nicht. Dagegen gab es Rechtsmittel. Gegen braune Willkür gibt es keine. Jetzt träumen sie nachts lächelnd von der afrikanischen Barbarei, von der Schinderei in der Legion — und wünschen sich in den harten, rauhen Traum zurück, wenn sie früh auf den Pritschen des KZ erwachen, vor knüppelbewehrten rotmäzigen Söldnern antreten und Männchen machen müssen. Bräsen sie in Cafard aus, er endete nicht mit Disziplinarstrafe, sondern im Bleisarg.

Zum Verhängnis wurde ihnen, daß sie das Dritte Reich für einen europäischen Staat hielten und daß sie selbst nach dem ersten großen Staunen noch an so etwas wie ein europäisches Gewissen glaubten, jenes »europäische Gewissen«, das sich mit der braunen Bestialität abgefunden hat und selbst zum Raub des Nobelpreises schweigt.

B. Brandy.

## Renommiergermanen

Eine biedere Nazidame aus Königsberg, Mitglied von Hitlers »Frauenschar«, kam jüngst nach Schweden gefahren, um daselbst in holder Sommerzeit den »nordischen Menschen« kennenzulernen, dessen Lob und Preis so ausgiebig vom Führer und seinen Trabanten gesungen wird. Auf dem Schiff kam sie mit einem Schweden ins Gespräch, und da erfuhr sie zu ihrem Schreck und Staunen, — sie wollte es erst gar nicht glauben — daß der heilige Norden von lauter Sozialdemokraten regiert wird, und daß es nicht viele Skandinavier gibt, die etwas für das Hitlerreich übrig haben. Nicht mal einen einzigen Mann haben die schwedischen Nazis bei der Wahl im vorigen Jahr in den Reichstag hineinbekommen.

# Hitler auf der Pariser Weltausstellung

## War Kopernikus ein deutscher Nazi?

Die einschlägige gleichgeschaltete deutsche Fachpresse mußte dieser Tage die folgende weiterschütternde Begebenheit nach anscheinend im Propagandaministerium selbst festgelegtem Text mitteilen:

»Die Gesellschaft Deutscher Naturforscher und Aerzte und die Deutsche Gesellschaft für Geschichte der Medizin haben eine gemeinsame Erklärung veröffentlicht, in der der Versuch einer polnischen Geschichtsfälschung auf der Weltausstellung in Paris, Kopernikus als einen Hauptvertreter polnischer Geistesheroen zu feiern, zurückgewiesen wird. Für die Besucher der Pariser Ausstellung sind im Deutschen Hause die urkundlichen Beweise für die deutsche Abstammung des Schöpfers der modernen Astronomie allgemein zugänglich gemacht worden. Darüber hinaus wird in der Erklärung ausdrücklich festgestellt, daß Nikolaus Copernick, wie sein Name eigentlich lautet, nicht nur rein deutscher Abstammung ist, sondern daß er einen der hervorragendsten Plätze in der geschichtlichen Entwicklungsreihe der deutschen Kulturforschung

einnimmt.« (Deutsche Medizin. Wochen-schrift letzte Juli-Nr. 37).

Wie konnten aber die »verbündeten« Beck-Polen auch, nachdem der »Führer« selbst den Thorner Stadtbürger Kopernikus für den säkularen Wirkungsgrad seines eigenen »Werkes« erst vor kurzem reklamiert hat...? Harmlose Besucher der Pariser Ausstellung möchten freilich der Meinung sein, daß die Wissenschaft um die ewigen Sterne, die jener Denker zwischen zwei Völkern so förderte, weder ein reichsdeutsches, noch ein polnisches Visum zu ihrer Rechtfertigung und ihrem Ruhm benötigt. Noch harmlosere Globetrotter ohne jene intimen Kenntnisse aller »Belange« des nationalsozialistischen Brutkastenwahnsinn könnten sogar die ketzerische Meinung vertreten, daß es ein ungeheures Blech, eine kindische Absurdität sei, einen berühmten Zeitgenossen des dreizehnten oder vierzehnten Jahrhunderts nach den Begriffen von Zollämtern und Paßstellen der so unendlich vernünftigeren

Gegenwart (die ja beispielsweise auch als Beweis ihrer um so vieles fortgeschrittenen Vernunft einen Hitler produziert hat) einreihen und abstempeln zu können. Aber wenn des »Führers« Hof-Akademiker Dante für einen Germanen und Jesus Christus sogar für einen echten Hinterpommern ausgehen, warum sollten die Polen bescheidener im Nehmen sein?

Im Gefilde der Seeligen, durch Jahrhunderte entrichtet der Qual, unter Umständen Hitlers »Mein Kampf« von einem deutschen Gesandten oder Standesbeamten amtlich geschenkt zu erhalten, dürfte dem braven Thorner es höchst Wurst sein, welcher nationalistische Trichinenbeschauer im seinem besagten Falle recht behalten soll. Nicht »Wurst« ist es aber, wenn sich auf feinnervige und taktvolle Weise das Dritte Reich und sein Gott mit solchen geistigen Almeriataten auf der Pariser Weltausstellung dekolletiert! Man könnte daraus lernen, wie aus Pathologien sogar unter Umständen Weltkrieg entstehen könnten...

## Sonderrichter — Freund der Diebe

In Osterode, Ostpreußen, ist soeben ein besonders weises Sondergerichtsamt gefüllt worden.

Vor einigen Monaten geschah es in diesem Ort, daß eine von der Winterhilfe unterstützte Familie auf ihrem Gabenzettel einen Hase verzeichnet fand. Darob große Freude. Aber siehe — das Spendenpaket wurde abgeholt, und der Hase — war verschwunden. »Er ließ sich«, so versicherten die »Preussische Zeitung« (Nr. 190), »trotz allen Suchens nicht finden. Irgendein Langfinger, der nicht ermittelt werden konnte, mußte ihn an den langen Löffeln gepackt und fortgetragen haben«. Sehr spaßhaft. »Irgendein Langfinger« saß also im Büro der Winterhilfe, denn über dieses Büro war das geplünderte Gabenpaket nicht hinaus gekommen.

Eine Zeit lang geschah nichts. Gar nichts. Die gleichen »Helfer« versahen ihr einträgliches Amt in gleicher Weise weiter, und der Dieb war — nun, der Dieb war eben »nicht zu ermitteln«. Aber nun ist in dieser Sache endlich ein Urteil gefällt worden. Gegen wen? Gegen einen Mann namens Werner L. Er also ist der Dieb? Im Gegenteil. Der Gerichtsbericht erzählt:

»Der verschwundene tote Hase war der Volksgenosse und ihren Nachbarn ein hoch interessanter Gesprächsstoff geworden. Es fingen an, sich Legenden zu weben. Aus Andeutungen wurde mit der Zeit eine Lawine des Übel-

sten Klatsches, dessen Hauptverbreiter der 32 Jahre alte Werner L. war... Er sprach nur noch von »Spitzbubens«.

Und nun weiß der Leser schon, wie die Sache weitergeht. Werner L. versicherte vor dem Sondergericht, er habe wahr- und wahrhaftig nur die »unteren Dienststellen« gemeint. Aber auch das genügt dem Richter.

»Durch die Beweisaufnahme wurde Werner L. einwandfrei überführt, wider den Artikel 1, § 2, Absatz 1 des Gesetzes gegen heimtückische Angriffe auf Staat und Partei sich grüßlich vergangen zu haben. Er erhielt ein Jahr Gefängnis.«

Der Ankläger sitzt also im Gefängnis. Der Hase bleibt verschwunden, und endlich wird sich Schweigen um ihn breiten. — Das nach dem Dieb gefahndet worden sei, wagt nicht einmal die parteiamtliche »Preussische Zeitung« zu behaupten.

## Nazikultur im Radio:

Ist das — Deutschland?

Man tut es immer wieder. Man ärgert sich hinterher und läßt es doch nicht bleiben... Hang zur Selbstquälerei? Oder — maskiertes Heimweh?

Immer wieder: man dreht den Radioknopf, französische, englische, tschechische Sprachketten flitzen vorbei, ein paar Takte Jazzmusik, Bravorufe von einem Sportplatz und dann...

»Achtung! Hier Reichsender kommt!« Deutschland!... Nein, nicht Deutschland. Nicht die Heimat ist, die da spricht. Sondern: der Feind... der die Heimat besetzt hält.

Stimmengewirr, Geräusper, Gelächter. Das sind — erfährt man vom Sprecher — sechshundert »alte Klämpfer« aus ganz Deutsch-

land, versammelt im Ordenssal der Marienburg. Auch der Ley ist unter ihnen, jawohl. Jetzt tritt Stille ein und Herr Koch wird eine Rede halten. Erich Koch, Oberpräsident von Ostpreußen, Gauleiter, Sieger in der Arbeitsschlacht und was er sonst noch alles sein mag.

Da spricht er schon. Mal flüsternd, mal wild aufbrüllend. Fast wie der Führer kann er das. Auch die Heiserkeit gemahnt ans große Vorbild. Erst spricht er von den alten Ordensrittern, die nun »wieder auferstanden sind in den rauhen Klämpfern der Bewegung.« Die letzteren fühlen sich geschmeichelt und schreiben Heil.

Und dann... Man sollte es nicht für möglich halten, aber diesem Koch ist alles möglich. »Kameraden!« ruft er »Man sagt von Ostpreußen, es sei ein hinter der Kultur zurückgebliebenes Land, wo die Wölfe und Flüche einander Gutenacht wünschen. Darauf antwortete ich (er brüllt wie ein Stier): Ja, wir sind zurückgeblieben hinter dem modernen Kultur- und Zivilisationsumpf! Und wir sind stolz darauf! Pg. Ley, grüße den Führer und sag ihm, daß hier an der Grenze harte und stolze Menschen stehen!...«

»Das also ist jetzt Deutschland?« fragt ein Freund, der neben mir steht, Bürger eines — pün! — zivilisierten Landes.

»Nein« erwidere ich. »Das ist nicht Deutschland. Dies hier ist Deutschland.«

Ich habe den Radioknopf weitergedreht. Aus Stockholm tönt deutsche Musik. Mendelssohn Hebräidenouvertüre...

Kurt Ketzler.

All das hatte die gute Seele wirklich nicht gewußt. Eine deutsche Frau braucht halt nichts zu wissen, sondern nur Kinder zu kriegen.

Hitler hat entschieden Pech mit den blonden, blauäugigen Nordbewohnern. Die wollen vom Nazistaat nichts wissen, — wohl weil er von lauter schwarzhaarigen Menschen regiert wird...

Eine der wenigen Ausnahmen macht freilich der berühmte Sven Hedin. Aber dessen politische Äußerungen werden in seiner Heimat nur belächelt, seit er 1914 die Schweden zum »heiligen Krieg« an Wilhelms Seite aufrief. Und obendrein haben die schicksalsspielenden Normen es so gefügt, daß Hedin — o Wotan! — eine jüdische Großmutter sein eigen nennt! ....

Jetzt aber — weich ein Glück! — hat Göbbels eine Neuerwerbung gemacht, auf die er riesenstolz ist: einen waschechten Renommiergermanen, einen Isländer sogar, den rühmlich unbekanntem jungen Romanschreiber Gudmundur Kamban. Er wird gegenwärtig in Deutschland mit Pomp und Trara herumgereicht. Kamban hat einen Roman verfaßt, der im Norden von der Kritik teils nicht beachtet, teils tüchtig heruntergerissen wurde. Im Dritten Reich dagegen wurde sein Werk von hohen Parteistellen empfohlen. Das erklärt einiges und man begreift, wenn Herr Kamban in einem Interview das folgende erklärt:

»Das Verbot der Kritik in Deutschland ist eine Tat, der man im Laufe der Zeit überall auf der Welt folgen müßte... Das Verdammungsurteil der dänischen Presse über meinen Roman, der in Deutschland freundlich aufgenommen wurde, hat mich zur Landesflucht (!) getrieben... Ich bin

jedoch in guter Gesellschaft: Ibsen aus Norwegen, Strindberg aus Schweden, Shaw aus England mußten Ähnliches erdulden...«

Diese geistvolle Äußerung drückt die Nazizeitschrift »Der Norden« glückstrahlend ab. Kamban ward also von der dänischen Presse in »Landesflucht« getrieben (einen deutschen Autor kann so was nicht passieren) und deshalb stellt er sich in stolzer Bescheidenheit den Ibsen, Shaw und Strindberg gleich. Richtig, diese großen Dramatiker sind in ihrer Jugend von der reaktionären Kritik nicht begriffen worden. Bedeutet das aber, daß jeder, der nicht gelobt wird, eben deswegen ein Genie ist? Nein, Kamban gehört nicht in eine Reihe mit Ibsen, Strindberg und Shaw. Die Werke dieser großen Erzgermanen sind nämlich — weiß Kamban das nicht? — fast sämtlich, mit Ausnahme nur einiger Jugenddramen Ibsens, als »kulturbolschewistisch« und »zersetzend« von den deutschen Bühnen verboten!

In der gleichen Zeitschrift »Der Norden« im Maiheft 1937 versucht man übrigens den Gipfel der Frochheit zu erklimmen und sogar — Elsa Brandström zur »Renommiergermanin« zu machen. Da ist die Rede von dem »unermüdbaren Einsatz des Engels von Sibirien für deutsche Kriegsgefangene, für deutsche Heimkehrer und für deutsche Kinder... Deutschland steht in ihrer Schuld!«

So spricht das Naziblatt von einer Frau, die aus Deutschland emigrieren mußte, weil ihr Mann, der deutsche sozialdemokratische Gelehrte Uhlig von den Nazis aus Amt und Vaterland gejagt wurde! Er wirkt jetzt in Amerika. Elsa Brandström und ihr Gatte besuchen gegenwärtig zum ersten Mal wieder seit vier Jahren Schweden. Nach Deutschland

fahren sie nicht. Uhlig wird zwar nicht von der Gestapo gesucht, aber Freunde rieten ihm dringend einen Besuch als gefährlich zu unterlassen.

Das freilich sind Tatsachen, von denen das für Elsa Brandström begeisterte Blatt der »Nordischen Gesellschaft« seinen Lesern lieber nichts erzählt. Ebensowenig wie es daran Anstoß nimmt, daß zahllose der seinerzeit von Elsa Brandström betreuten Fronthelden heute in den Kerkern und Lagern des Nazismus oft weit schlimmeren Qualen ausgesetzt sind, als einst in der harten sibirischen Gefangenschaft... Kurt Ketzler.

## Jubiläumsgründung

Wie die deutschen Zeitungen melden, hat Propagandaminister Göbbels in den Räumen seines Ministeriums eine »Kommission zur Bewahrung von Zeitdokumenten« gegründet.

»Zweck dieser Kommission ist, wie der Minister in einer richtungweisenden Rede ausführte, eine umfassende Zentralstelle für die Sammlung aller mit der Geschichte des Dritten Reiches zusammenhängenden Dokumente zu schaffen und Mittel und Wege zu finden, wie diese Dokumente für eine möglichst große Zeitspanne vor dem Verfall bewahrt und damit späteren Generationen erhalten werden können.«

Das deutsche Volk erfuhr von dieser epochemachenden Neuerung am 30. Juni. Dieses Datum ist an sich schon ein Zeitdokument. Hoffentlich vergißt die Kommission nicht, alle damit zusammenhängenden Erinnerungen in der Sammelmappe »Männer, die uns groß machten« unterzubringen. Dort ist ja genug freier Raum entstanden.

# Grundsätzliches zur faschistischen Sozialpolitik

## Gewaltleistungen der Arbeiter

Die Nazis haben sich vier Jahre damit behelfen können, mit Schlagworten sozialistische und gewerkschaftliche Begriffe zu verfälschen. So konnte nach Zerschlagung der Lohnstarife eine dem Tarifvertrag ähnliche Bezeichnung wie Tarifordnung die herrschende Lohnherrschaft verdecken. Die Betriebsräte wurden abgeschafft, eine Scheinvertretung der Belegschaft im Vertrauensrat eingeführt. Dieses Stadium, in dem die bisherige Sozialpolitik durch sozialdemagogische Phrasen ersetzt werden sollte, neigt sich seinem Ende zu. Die getarnte Sozial- und Lohnpolitik muß bei der im Dritten Reich herrschenden Not allzuviel Begehrlichkeit wecken. Das Regime geht in neuerer Zeit dazu über, seine eigenen Grundsätze über Wirtschafts- und Sozialpolitik zu entwickeln.

So hat Göring auf dem Internationalen Handelskammer-Kongreß erstmalig die Autarkie

mehr das Objekt der »Betriebsgemeinschaften«. Am schärfsten äußerte sich diese grundlegende Haltung in der Rede des Hauptdienstleiters Schmeer zur Sozialversicherung, die er in der bestehenden Form für falsch erklärte.

»Man kann nicht eine kurzfristige Wirtschaftspolitik und eine langfristige Sozialpolitik betreiben.«

Warum die heutige Wirtschaftspolitik kurzfristig geworden ist, kann in diesem Artikel nicht näher untersucht werden. Eine kurzfristige Sozialpolitik aber wäre ein Widerspruch in sich. Die Sozialversicherung ist ein Einbau von Menschenökonomie in das kapitalistische System, sie erstreckt sich auf das ganze Leben des Arbeiters mit all seinen sozialen Wechselfällen. Die Ablehnung der Langfristigkeit der Sozialversicherung heißt einfach Verneinung jeder wirklichen Sozialpolitik. Die Entziehung der gesetzlichen Grundlage bedeutet ihre Abschaffung. Die Gleichheit der Unternehmer und Arbeiter innerhalb der Gesamtnation auf sozialem Gebiet ist eine Lüge, um damit die Notwendigkeit des gesetzlichen Arbeitsschutzes als überflüssig hinstellen zu können. Die antifaschistische Bewegung aber hat die Aufgabe, in das Wesen des Faschismus einzudringen, sie muß sehen, daß auf die Dauer innerhalb des Faschismus für den sozialen Arbeiterschutz kein Raum sein kann.

Der Ersatz für die abgebaute Sozialpolitik ist im Dritten Reich der sog. Leistungswettbewerb im Betrieb und unter den Betrieben. Während noch vor zwei Jahren die wissenschaftliche Ermittlung des gerechten Lohnes angekündigt worden war, wurde jetzt in Würzburg erklärt:

»Der Leistungslohn im Arbeitsleben bedeutet, daß die Lohnbemessungsmethode nicht die Lösung der Frage nach dem gerechten Lohn sein kann.«

Erst wenn die Leistung der einzige Maßstab jeder sozialen Rangordnung ist, kann nach

den festgestellten Grundsätzen von Würzburg ein gerechter Lohn durchgesetzt werden.

»Dieser Leistungslohn kann aber nur innerbetrieblich festgesetzt und nicht durch Gesetz und Verordnung bestimmt werden.«

Hier wird durch Antreiber und Akkord-schinderer zur »Höchstleistung« der Ausbeutung des Lohnarbeiters Tür und Tor geöffnet. Die so erpreßte »Leistung« soll alsdann im Betrieb die Norm für die allgemeine Lohnbemessung bilden. Dieser Sklavenwettbewerb der Lohnempfänger wird nun neuerdings ausgedehnt auf den Reichsberufswettkampf zum Leistungsbewerb der Betriebe.

Die »Deutsche Arbeits-Korrespondenz« v. 8. Juli gibt den Unternehmern die Voraussetzungen bekannt, unter denen künftig der Betrieb sich die öffentliche Anerkennung erlangen kann. Da werden einige dekorative soziale Erfordernisse erwähnt, z. B. »Schönheit der Arbeit«, Betriebsordnung, Beschwerderecht, Kameradschaft des Betriebsführers mit seiner Gefolgschaft usw.

Entscheidend aber ist der wirtschaftliche Wettbewerb. Verwendung devisensparender Rohstoffe, Wiederverwertung von Abfallmaterial und ähnliche Details des Vierjahresplans verschaffen im Reichsberufswettkampf die Aussicht auf den Sieg. Die Erschwerung, die dem Arbeiter aus der Verwendung des minderwertigen Materials erwächst, ist gleichgültig, je schwerer der Leistungslohn zu verdienen ist, um so höher die nationale Leistung. Man will »saubere Akkordlöhne« prämiieren, aber zur Gesamtbeurteilung der Lohnhöhe heißt es in den Richtlinien:

»Es wird in diesem großen Rahmen nicht ausschlaggebend sein, wie weit die materielle zahlenmäßige Leistung sichtbar ist. Allein die Tatsache, daß der Betrieb getragen von dem Willen der Pflichterfüllung... ständig nach gemeinschafts- und leistungsfördernden Möglichkeiten sucht, wird bestimmend sein.«

Die Ersetzung der Sozialpolitik durch den

»Leistungskampf« ist der grundsätzliche Verzicht auf den sozialen Schutz, der Leistungswettbewerb der Betriebe ist Auszeichnung der musterhaften Ausbeutung.

Diesem »Leistungsprinzip« ist auch die sog. Arbeitsfürsorge angepaßt worden. Die Arbeitsfront gibt bekannt, daß in der heutigen Wohlfahrt »für Faulenzer und Nichtnutzer kein Platz« mehr sein darf. Die »Wohlfahrtspolitik«, die »Fremdhilfe« wird abgelehnt — der Arbeitsdienst dagegen ist die neudeutsche »Selbsthilfe«. Da wird aus Bamberg berichtet, daß die Arbeitsfürsorge — rassenhygienisch gesehen — einen Ausleseprozeß vorgenommen und die »Drückeberger« ausgemerzt, bezw. ins Arbeitslager verpflanzt hat.

»Allein 63 Familien sind in Bamberg im Laufe der »Musterung« für die Arbeit einfach dem Wohlfahrtsamt fern geblieben, wodurch in einem Jahr rund 30.000 RM in Wegfall kamen.«

Die Nazis halten sich demnach nicht mehr damit auf, einzelne Bestimmungen der noch restlichen Sozialgesetzgebung abzuändern, sie stehen im Begriff, mit der Faulenzer-Fürsorge Schluß zu machen.

Für die Unternehmer ergibt sich überdies aus den Berufswettkämpfen ihrer Arbeiter noch eine billige Reklamemöglichkeit. So hat kürzlich eine Firma den Namen des »Siegens einer Wettkampfgruppe »Halz-Drechsler« in einem fett gesetzten Inserat veröffentlicht. Natürlich war auch das Bild des Jungkameraden in Hitlerjugenduniform mit abgedruckt.

Die eben eingeleitete Aktion soll bezwecken, daß sich diesmal möglichst alle »aufrechten Unternehmern« am Leistungskampf der Betriebe beteiligen. Die Gewaltanstrengungen der Arbeiter, die hier systematisch geübt werden, sollen nicht vereinzelt bleiben, sondern sie sollen zur Regel werden. Es liegt System drin — in der nationalsozialistischen Sozialpolitik!



So wird Schmeeling aussehen, wenn er um die Weltmeisterschaft kämpfen darf

## Jedem Volksgenossen sein Volksauto

König Heinrich der IV. von Frankreich versprach jedem seiner Untertanen ein Huhn im Topf. Hitler versprach jedem seiner Volksgenossen ein Volksauto in der Garage. Die Autostraßen, auf deren glatter Fläche das Volksauto seinem Ziele zufließen könnte, sind gebaut, aber die Straße, die zum Volksauto selbst führt, ist noch recht ungangbar. Das behauptete jedenfalls nach dem Bericht des »Deutschen Volkswirt« Ministerialdirektor Dr. Brandenburg, der »kürzlich an Hand ausführlicher Unterlagen darauf hingewiesen hat, daß der Weg zur Unabhängigkeit der deutschen Kraftstoffversorgung durchaus nicht so eben ist, wie es häufig angenommen wird.«

Wenn aber das Auto so populär werden soll, wie der Führer wünscht, dann muß der Vierjahresplan viel mehr leisten als den bloßen Ersatz der bisher vom Ausland bezogenen Kraftstoffe durch heimische Produktion. Es gilt nach Schachts Organ »nicht nur, in dem vom Vierjahresplan gesetzten Zeitraum den Bedarf der bisherigen Kraftstoffverbraucher aus heimischen Quellen sicherzustellen, sondern es besteht zugleich der Zwang, auch für die Massen, die im Laufe der nächsten Jahre der Motorisierung neu erschlossen werden sollen, Kraftstoffe bereitzustellen.«

Der Führer wird von Schachts Organ darüber belehrt, daß es nicht genügt, Volksautos zu bauen, weil sie ohne Kraftstoff nicht in Bewegung gesetzt werden können. Es wird nämlich »ein derartiges Kulturgut für ein Volk erst dann wirklich verwendungsfähig, wenn seine Rohstoffquellen die dafür nötigen Stoffe liefern.« Daß das gelingt, erscheint dem Ministerialdirektor recht zweifelhaft. Aber auch wenn die notwendigen Kraftstoffe vorhanden sind, »dürfen die Preise das wirtschaftliche Leistungsvermögen der neu zu erschließenden Käufer-schichten nicht übersteigen. Und dabei spielen bekanntermaßen die Anschaffungskosten die geringere und die Unterhaltungskosten die größere Rolle. Bei den Unterhaltungskosten stehe aber an erster Stelle der Aufwand für Kraftstoff. Denn »wenn dieser so hoch ist, daß der Fahrzeugbesitzer aus Sparsamkeitsrücksichten seinen Benzinverbrauch einschränkt, so bedeutet das auf die Einheit des mit dem Fahrzeug zurückgelegten Kilometers eine Verteuerung der fixen Lasten, die bei der Haltung entstehen. Heute sei es aber noch so, »daß Deutschland

ein benzinteueres Land ist und daß daher der Benzinverbrauch des einzelnen Kraftfahrers durchschnittlich geringer ist als im Ausland.

Schlußfolgerung: »Solange eine entsprechende Preisermäßigung des synthetischen Benzins nicht möglich ist, muß daher der Anspruch auf Erfassung weiterer Bevölkerungskreise für die Motorisierung niedriger gestellt werden.« Damit ist den beiden großen Plänen des Führers das Urteil gesprochen, dem Volkswagen und zugleich dem Vierjahresplan.

## Beschnüfflung der Fürsorgebedürftigen

Die soziale Fürsorge, deren weitgehender Ausbau eine der unvergleichlichen Leistungen des Deutschlands von 1918 bis 1932 bleibt, ist im Dritten Reich längst wieder in die berüchtigte Armenfürsorge umgewandelt worden.

Die Fürsorgeberechtigten werden heute als lästige Personen behandelt, gleichviel, ob ihre Hilfsbedürftigkeit die Folge körperlicher Gebrechen oder der sozialen Verhältnisse ist. Die Kontrolle, der sie unterworfen werden, wird mit allen nur erdenklichen Schikanen ausgeführt.

Das thüringische Landesamt für Rassewesen hat es jetzt zu einer neuen Steigerung gebracht, die sicher in den übrigen Gebieten des Reiches sofort Nachahmung finden wird. Bei der von ihm durchgeführten Bestandsaufnahme der Bevölkerung wird die neuartige Unterscheidung »gemeinschaftsbelastend-gemeinschaftsfördernd« eingeführt.

Ob eine Frau oder ein Mann »gemeinschaftsbelastend« oder »gemeinschaftsfördernd« ist — das entscheidet die »Lebensführung!« Und die Lebensführung beurteilt — wer? Natürlich eine nationalsozialistische Partei- oder Behördenstelle! Auch Anstalten und Träger der öffentlichen Fürsorge sollen »gemeinschaftsbelastende« Personen an das Landesamt für Rassewesen melden.

So wird also künftig noch mehr als bisher das gesamte Leben der Menschen, die in irgendeiner Form die Opfer der kapitalistischen Gesellschaft sind, beschnüffelt werden, um ihre »Unterstützungswürdigkeit« festzustellen! Und wer nicht vollständig vor den »Führern« und den Bonzen auf dem Bauche kriecht — der wird als unterstützungsunwürdig abgewiesen werden!

»Ein sorgfältig durchgeführtes Kartensystem«, so wird die niedertrüchtige Erfindung erläutert, »ermöglicht es dem Landesamt, an Gesundheitsämter und Fürsorgeträger jederzeit rasche Auskunft über die Gemeinschaftswertigkeit und Erbgesundheit von Personen, die sich um Zuteilung irgendwelcher Art aus Mitteln der Allgemeinheit bewürben, zu erteilen. Jegliche zusätzliche Unterstützung von gemeinschaftsbelastenden, wenn auch unter Umständen erbgesunden Personen, solle unterbunden werden.« Sie sollen im Elend untergehen — so will es die Rache der Herrschenden an denjenigen, die sich nicht hundertprozentig zum Nationalsozialismus bekehrt haben!

## Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Herausgeber: Ernst Sattler; verantwortlicher Redakteur: Wenzel Horn; Druck: »Graphia«; alle in Karlsbad. Zeitungstarif bew. m. P. D. Z. 159.334/VII-1933. Printed in Czechoslovakia. Kontrollpostamt: Poštovní úřad Karlovy Vary 3. — Aufgabepostamt Karlsbad 3.

Der »Neue Vorwärts« kostet im Einzelverkauf innerhalb der CSR Kč 1.40 (für ein Quartal bei freier Zustellung Kč 13.—). Preis der Einzelnummer im Ausland Kč 2.— (Kč 24.— für das Quartal) oder deren Gegenwert in der Landeswährung (die Bezugspreise für das Quartal stehen in Klammern): Argentinien Pes. 0.30 (3.60), Belgien: Belg. Frs. 2.45 (29.50), Bulgarien Lew 8.— (96.—), Danzig Guld. 0.45 (5.40), Deutschland Mk. 0.25 (3.—), Estland E. Kr. 0.22 (2.64), Finnland Fmk. 4.— (48.—), Frankreich Frs. 1.50 (18.—), Großbritannien d. 4.— (Sh. 4.—), Holland Gld. 0.15 (1.80), Italien Lit. 1.10 (13.20), Jugoslawien Din. 4.50 (54.—), Lettland Lat. 0.30 (3.60), Litauen Lit. 0.55 (6.60), Luxemburg B. Frs. 2.45 (29.50), Norwegen Kr. 0.35 (4.20), Oesterreich Sch. 0.40 (4.80), Palästina P. Pf. 0.020 (0.216), Polen Zloty 0.50 (6.—), Portugal Esc. 2.— (24.—), Rumänien Lei 10.— (120.—), Schweden Kr. 0.35 (4.20), Schweiz Frs. 0.30 (3.60), Spanien Pes. 0.70 (8.40), Ungarn Pengö 0.35 (4.20), USA 0.08 (1.—).

Einzahlungen können auf folgende Postscheckkonten erfolgen: Tschechoslowakei: Zeitschrift »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Prag 46.149. Oesterreich: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Wien B-198.304. Polen: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Warschau 194.797. Schweiz: »Neuer Vorwärts« Karlsruhe, Zürich Nr. VIII 14.697. Ungarn: Anglo-Czechoslovakische und Prager Creditbank Filiale Karlsbad, Konto »Neuer Vorwärts« Budapest Nr. 2029. Jugoslawien: Anglo-Czechoslovakische und Prager Creditbank, Filiale Belgrad, Konto »Neuer Vorwärts«, Beograd Nr. 51.005. Genaue Bezeichnung der Konten ist erforderlich.

kie, die bisher eine zeitlich begrenzte Methode zur Durchführung des Vierjahresplan sein sollte, ausdrücklich als nationalsozialistisches Prinzip erklärt. Man sehe, so argumentierte er, in der nationalen Wirtschaft eine Voraussetzung für die Einschaltung in die Weltwirtschaft. Die Autarkie soll die Waffe sein, sich auf dem Weltmarkt Geltung zu verschaffen.

Die Grundlagen der Nazi-Sozialpolitik sind vor wenigen Wochen auf der Würzburger Tagung des Sozialamtes der DAF kundgegeben worden. Das Wesen der neuen Sozialpolitik wurde damit erklärt, »daß das Objekt dieser Sozialpolitik nicht mehr der einzelne Mensch, sondern die Nation ist.«

Die Auswirkung für die gesamte Nation soll ausschlaggebend sein. Nun ist gewiß Sozialpolitik eine nationale Aufgabe, aber ihr Zweck war stets die Wohlfahrt der arbeitenden Klassen. Einen sozialen Schutz für die kapitalistischen Unternehmer zu proklamieren, blieb den Nazis vorbehalten. Die moderne Sozialpolitik war kollektiv gerichtet, da das Schicksal des einzelnen Arbeiters gleichzeitig das Schicksal seiner Klasse ist, solange der Kapitalismus herrscht. Die Nazis lehnen nun ausdrücklich jeden Arbeiter-Kollektivismus ab, weil er ihrer »Volksgemeinschaft« widerspricht, sie verbieten die Solidarität der Arbeitnehmer und konstruieren einen Kollektivismus »der gesamten Nation«. Dieser nationale Scheinkollektivismus aber bedeutet schutzlose Unterwerfung der Arbeiter unter den Willen des Unternehmers. Es ist nur logisch, wenn in Würzburg die Sozialpolitik als gesetzliche Maßnahme verneint wurde. Sozialpolitik im Dritten Reich wird von Tag zu Tag mehr und